



Uta Giesel / Clemens Kilian (Hg.)

10 MINUTEN REFORMATION

UUniversitätsverlag | **OLMS**
Hildesheim

Uta Giesel und Clemens Kilian (Hg.)
10 Minuten Reformation

Uta Giesel, Clemens Kilian (Hg.)

10 Minuten Reformation



Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2018

Diese Publikation entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag
und Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISO 9706

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Satz: satz&sonders GmbH, Dülmen

Umschlaggestaltung: Inga Günther, Hildesheim

Herstellung: Docupoint GmbH, 39179 Barleben

Printed in Germany

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2018

www.olms.de

© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2018

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 2509-9833

ISBN 978-3-487-ISBN 978-3-487-15679-8

Inhalt

Vorwort	7
<i>Carsten Jochum-Bortfeld</i>	
10 Minuten Reformation	11
<i>Andreas Hetzel</i>	
Demokratie als Lebensform	17
<i>Janna Teltemann</i>	
Brauchen wir mehr oder weniger Reformation im Bildungssystem?	21
<i>Annemarie Matzke</i>	
Für ein Theater unseres Zeitalters	27
<i>Wolfgang Schneider</i>	
Die Kunst der Reformation, oder: Kirche! Und Kultur?	31
<i>Joachim Griesbaum</i>	
Internet und Informationskompetenz	37
<i>Kristin Kersten</i>	
Spracherwerb Englisch	43
<i>Meike Sophia Baader</i>	
Reformation heute? Thesen zu Reformbedarfen	49
<i>Werner Greve</i>	
Universitätsreformierungen – 39 Thesen	55
<i>Robert Rathke</i>	
Für eine Reform der Verfassten Studierendenschaft	63
Autorinnen und Autoren	68

Vorwort

Das Experiment

Es ist fünf vor zwölf, geschäftige Atmosphäre und Stimmengewirr im Forum der Universität. Studierende schlendern von Vorlesung zu Vorlesung. Manche haben Pause und machen es sich bequem auf den Sitzmöbeln hinter dem Tresen im Eingangsbereich. Pausenbrot wird ausgepackt, drei unterhalten sich bei aufgeklappten Laptops über ein gemeinsames Referat. Da plötzlich: Ein Stehpult ist aufgestellt, eine kurze Begrüßung ertönt durch das Mikrophon, und schon hört man eine Professorin darüber reden, was sich ändern soll, hier an der Uni oder in unserer Gesellschaft ...

Der Anlass

Am 31. Oktober 2017 jährte sich der sog. Thesenanschlag Martin Luthers zum 500. Mal. Luther prangerte als Theologieprofessor in einer ursprünglich als rein wissenschaftlich intendierten Disputation gravierende Fehlentwicklungen seiner Kirche an und präsentierte konkrete Thesen, wie diese Missstände beseitigt werden könnten. Dabei sah Luther seine Kirche, seine Gesellschaft, sogar die ganze Welt in höchster existentieller Gefahr. Für ihn war es im sprichwörtlichen Sinne »fünf vor zwölf«. Bekanntlich gilt der 31. Oktober 1517 als Beginn der Reformation als einer der folgen- und facettenreichsten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der deutschen und europäischen Geschichte.

Das Projekt

Die ökumenische Hochschulgemeinde von KHG und ESG in Hildesheim nahm das geschichtsträchtige Datum des 31.10.2017 zum Anlass, um mit den unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachbereichen an der Universität Hildesheim darüber in den wissenschaftlichen Diskurs zu treten, welche gesellschaftlichen »Reformationen«

(nicht im engen, kirchlichen Sinn, sondern im übertragenen Sinn verstanden) heute erforderlich sind, je aus der Perspektive des eigenen Fachbereiches. Ziel des Diskurs-Projektes war es, essentielle Dringlichkeitsgebote (»Thesen«) aus einzelnen Wissenschaftsdisziplinen zu sammeln und in den Dialog zu bringen. Dazu lud sie Professorinnen und Professoren ein, während des Wintersemesters 2017/2018 an je einem Mittwoch um 11.55 Uhr (fünf vor zwölf) vor einem studentischen bzw. hochschulöffentlichen Auditorium ein maximal 10-minütiges Statement zum Themenfeld »Reformation« aus der eigenen fachlichen Perspektive abzugeben (i.d.S. Wo sehe ich als Expertin/Experte meines Fachbereiches dringenden gesellschaftlichen Handlungsbedarf zum Abbau gravierender Missstände?!). Ein Vertreter des AStA sollte außerdem die studentische Perspektive einbringen. Meist fanden die Statements im Forum des Neubaus der Universität statt, zweimal auf dem Kulturcampus der Domäne, einmal im Bühler-Campus, einmal vor dem Studentencafé. Immer war die Situation ähnlich: Das Statement hatte Überraschungscharakter und brachte den Forumsgedanken zum Leben. Professoren/innen, die sonst von Seminaren und Vorlesungen eine feste Zuhörerschaft gewohnt sind, kamen sich plötzlich ein bisschen so vor, als stünden sie in der Speakers Corner im Londoner Hyde Park, dem Wohlwollen der vorbei Flanierenden ausgeliefert. Und tatsächlich gingen viele Studierende verwundert oder (leider) achtlos vorbei, andere blieben erfreut und neugierig stehen. Einige immerhin waren auch extra gekommen. Und sie wurden nicht enttäuscht! Denn die Inhalte, die ihnen präsentiert wurden, belohnten unsere Erwartungen auf höchst erfreuliche Weise.

Das Ergebnis

Die Statements, die wir in diesem Buch nun schriftlich vorlegen, sollen hier in wenigen Stichpunkten nur angedeutet werden: Prof. Dr. Jochum-Bortfeld (Institut für Evangelische Theologie) machte in den Steigerungsimperativen neue gesellschaftliche Gottheiten fest, denen die Menschen ausgeliefert seien und von denen sie sich los-sagen müssten, wollten sie sich nicht ökologisch, psychisch oder spirituell ruinieren. Prof. Dr. Hetzel (Institut für Philosophie) rief

dazu auf, dass wir das demokratische Wünschen, die demokratische Leidenschaft neu lernen sollten, statt uns auf das Regiert-Werden einzurichten. Prof. Dr. Teltemann (Institut für Sozialwissenschaften) mahnte notwendige flankierende sozialpolitische und familienpolitische Maßnahmen für eine sozial gerechte Bildungspolitik an. Gerechtigkeit für Frauen, exemplarisch im Bereich Kultur und Medien, forderte Prof. Dr. Matzke (Institut für Medien, Theater und populäre Kultur) ein und insistierte auf den genuine Zusammenhang von politischer Kunst und adäquaten Strukturen, in denen diese Kunst sich frei entfalten könne. Prof. Dr. Schneider (Institut für Kulturpolitik) verwies auf den unverzichtbaren Beitrag der Kirchen als zentrale kulturpolitische Akteure der Gesellschaft, die insbesondere im Bereich des Ehrenamtes einen sinnstiftenden und damit gesellschaftstragenden Auftrag haben. Neben gesamtgesellschaftlichen Dringlichkeitsgeboten wurden auch universitäre Bildungsziele im engeren Sinne eingefordert: So entfaltete Prof. Dr. Griesbaum (Institut für Informationswissenschaft und Sprachtechnologie) das Bildungsziel der Informationskompetenz als Grundhabitus im Umgang mit der Wissensressource Internet. Prof. Dr. Kersten (Institut für englische Sprache und Literatur) legte den im heutigen Lehrberuf nötigen Paradigmenwechsel vom Instrukturismus zum Konstruktivismus dar, der den Lernenden einen selbstgeleiteten Lernprozess ermögliche und sie dabei anleite und begleite. Die Universität werde, so das Statement von Prof. Dr. Baader (Institut für Erziehungswissenschaft), ihrem Auftrag nur gerecht als ein Ort der Diversität, des Dialogs, der politischen Bildung, der Wissenschaftsfreiheit und der rein wissenschaftlichen Diskussionskultur. Für ihre Studierenden müsse sie in einem Studium Generale stets neue Lernformate entwickeln bzw. neu ausloten; ihre Arbeitsbedingungen müssten attraktiver gestaltet, verkrustete Machtgefälle abgebaut werden. Prof. Dr. Greve (Institut für Psychologie) warnte vor der zunehmenden Verregelung und dem wachsenden Selbstverwaltungsanteil der akademischen Arbeit sowie vor einem Einfluss außerwissenschaftlicher Ziele auf die wissenschaftliche Arbeit; er lenkte den Blick vom individuellen hin zum kollektiven Forschungserfolg und rief in Erinnerung, dass Konkurrenz im wissenschaftlichen Betrieb unvermeidlich und begrüßenswert sei. Dass auch die Strukturen studentischer Mitverantwortung

an die veränderten Studienbedingungen von heute angepasst werden sollten, damit sie ihrem Auftrag besser gerecht werden können, entfaltete als langjähriges AStA-Mitglied der Student R. Rathke.

Der Diskurs

Es ist fünf vor zwölf – die Autorinnen und Autoren der Statements sind von der hohen Dringlichkeit ihrer Thesen überzeugt. Die wir das Diskurs-Projekt angestoßen haben, freuen uns über die Brisanz der z. T. sich widersprechenden Thesen und über die rege Auseinandersetzung, die bereits im Kontext der Statements und auf einer ersten Diskussionsveranstaltung begonnen hat. Wir haben interessante Perspektiven kennen gelernt und bedanken uns sehr für das engagierte Mitwirken der Autorinnen und Autoren und derjenigen, die als Zuhörende mit uns in diesen Diskurs eingestiegen sind. Wir legen die Statements mit diesem Buch in der Absicht vor, dass der Diskurs damit breitere Kreise ziehen kann und weiter geht. Wir sind gespannt auf den Fortgang unseres Projektes und laden alle Studierenden und Lehrenden freundlich ein, sich an den Diskussionen zu beteiligen und sich auch für gemeinsam gewonnene Erkenntnisse einzusetzen: In der Gesellschaft und an der Universität.

Uta Giesel und Clemens Kilian,
Hochschulpastorin und Pastoralreferent
an ESG und KHG Hildesheim

10 Minuten Reformation

Als Martin Luther im Oktober 1517 seine 95 Thesen zum Ablass veröffentlichte, war dies nicht nur eine theologische Positionierung gegen die damalige Bußpraxis, sondern auch ein Angriff gegen gewichtige Akteure des Finanz- und Wirtschaftswesens in Mitteleuropa. Der Ablasshandel in den Kirchenprovinzen des Bischofs Albrecht von Mainz hatte seine tiefere Ursache im erhöhten Finanzbedarf des Bischofs und des Papstes Leo X. Albrecht hatte beim Finanzunternehmen der Fugger hohe Schulden, da er für die Übernahme zweier Bischofsämter hohe Gebühren beim Papst entrichten musste. Der Papst selbst wollte sich mit dem Petersdom eine gigantische Kirche errichten. Genau deshalb kamen die kirchlichen Würdenträger überein, einen Plenarablass zu vertreiben. Dies sollte die erforderlichen Mittel in die Kassen spülen. Auch wenn Luther damals die finanziellen Verstrickungen noch nicht vollständig überblicken konnte, so sind seine 95 Thesen nicht ausschließlich gegen die Ablasspraxis an sich gerichtet. In These 86 greift er das Finanzgebaren des Papstes direkt an: »Warum erbaut der Papst, der heutzutage reicher ist als die reichsten Leute, wenigstens diese eine Peterskirche nicht lieber von seinen eigenen Geldern als von denen der armen Gläubigen.«¹ Luther zeigte sich sensibel für die Folgen finanzieller Ausbeutung: Er wandte sich öffentlich gegen die Ausplünderung der unteren gesellschaftlichen Schichten, die aus Angst um ihr Seelenheil die Ablassbriefe kauften. Diese Angst wurde von Seiten der Amtskirche kräftig geschürt, damit die ganze Ablasskampagne in finanzieller Hinsicht ein voller Erfolg wurde. Die theologischen Einwände Luthers wurden zum Sand im kirchlichen Getriebe. Luther wandte sich gegen eine Frömmigkeit, die nach den Regeln des Finanzmarktes funktionierte: Für Luther kann man sich sein Seelenheil eben nicht kaufen. So stellte er sich auf die

1 Eine leicht zugängliche Fassung der 95 Thesen: <http://www.radicalizingreformation.com/index.php/de/thesen.html>

Seiten derer, die in einem solchen System wieder die Verlierer sind, den Angehörigen der unteren gesellschaftlichen Schichten. Er wollte verhindern, dass mächtige und gierige kirchliche Vertreter ihnen die Mittel zum Leben nahmen.

In seiner theologischen Entwicklung blieb das Geld und die Wirtschaft ein bestimmendes Thema für Luther. In seiner Auslegung zum 1. Gebot im »Großen Katechismus« (1529) betrachtete er das Wirtschaftssystem seiner Zeit theologisch: »Es ist mancher, der meint, er habe Gott und alles genug, wenn er Geld und Gut hat, verlässt und brüstet sich darauf so steif und sicher, dass er auf niemand etwas gibt. Siehe, dieser hat auch einen Gott, der heißt Mammon, das ist Geld und Gut, darauf er all sein Herz setzt, welches auch der allgewöhnlichste Abgott ist auf Erden. Wer Geld und Gut hat, der weiß sich sicher, ist fröhlich und unerschrocken, als sitze er mitten im Paradies; und wiederum, wer keins hat, der verzweifelt und verzagt, als wisse er von keinem Gott. Denn man wird ihrer gar wenig finden, die guten Mutes sind, nicht trauern noch klagen, wenn sie den Mammon nicht haben; es klebt und hängt der Natur an bis in die Grube. Also auch, wer darauf traut und trotzt, dass er große Kunst, Klugheit, Gewalt, Gunst, Freundschaft und Ehre hat, der hat auch einen Gott, aber nicht diesen rechten, einigen Gott.«²

Geld wird für Menschen zu einem Gott, dem sie in ihrem ganzen Leben vertrauen. Das ist solange kein Problem, solange es für die Mitmenschen nicht immense Konsequenzen hat. »So süß ist also das Gift des Paradiesapfel, dass sie den Mammon zu ihrem Gott haben und sich durch seine Macht zu Göttern über arme Leute erheben wollen, nicht aber, um diesen zu helfen oder sie zu retten, sondern um sie nur noch tiefer und schlimmer zu verderben.«³ Das Ausrichten des ganzen Lebens auf das Geld wirkt sich von Beginn an negativ auf das soziale Miteinander aus: Andere Menschen und ihre Belange werden

2 So in der Ausgabe des »Großen Katechismus« von: Unser Glaube. Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, hg. vom Lutherischen Kirchenamt, Gütersloh²1987, 596.

3 So Luther in seiner Schrift »An die Pfarrherren, wider den Wucher zu predigen« (1540). Zitiert nach Friedrich-Wilhelm Marquardt: Gott oder Mammon – aber: Theologie und Ökonomie bei Martin Luther, in: ders., Auf einem Weg ins Lehrhaus. Leben und Denken mit Israel, Frankfurt a. M 2009, 114.

dem Zweck untergeordnet, immer mehr Geld anzuhäufen. Gewinnstreben hatte in den Augen Luthers extrem schädliche Konsequenzen. So wurde er zu einem der schärfsten Kritiker des frühkapitalistischen Wirtschaftssystems. Es verwundert nicht, dass später Karl Marx in Luther einen wichtigen theologischen Gesprächspartner findet.⁴ Geht es Marx um den Fetischcharakter von Waren und Geld,⁵ so nimmt sich Luther des Problems theologisch an, und zwar auf der Basis der Auslegung der biblischen Schriften. Das biblische Zeugnis wurde für Luther und die vielen anderen Reformatoren und Reformatorinnen zur maßgeblichen Basis und Richtschnur theologischen Denkens und Handelns. Und das ist eines der wichtigen Erbstücke reformatorischer Theologie für das 21. Jahrhundert. Luther machte deutlich, dass Menschen sich selbst und ihre Mitwelt dem Streben nach immer mehr Geld unterwerfen. Sie erkennen das Geld, und all das wofür Geld steht, als ihren Gott an, dem sie bereit sind zu dienen, dem sie Opfer darbringen und vor dem sie sich (gerade im Hinblick auf ihre Lebensführung) rechtfertigen. Luther stellte diesem Gott den Gott, von dem in den biblischen Schriften die Rede ist, entgegen. Dieser Gott gibt den Menschen seine Gnade *umsonst*. Dieser Gott funktioniert nicht nach den Regeln des Marktes. Er gibt nicht erst, wenn Menschen ihn bezahlen. Er schenkt das, was Menschen für Leib und Seele brauchen, *umsonst*. Damit steht der Gott, von dem die biblischen Schriften Zeugnis ablegen, für eine gänzlich andere Wirklichkeit, als sie die Agenten des Kapitals propagieren.

Diesem Problemfeld hat sich das internationale Projekt »Radiacalizing Reformation« angenommen. In diesem Projekt haben Theolog_innen von allen Kontinenten nach der Aktualität reformatorischer Theologie gefragt, gerade im Hinblick auf die weltweiten Krisen zu Beginn des 21. Jh. Luther folgend ging es darum, die globalen Krisen in der Perspektive der befreienden Botschaft der Bibel zu analysieren. Dazu wurden 94 Thesen veröffentlicht. Unter der Überschrift »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon« (Mt 6,24) nehmen

4 Vgl. Ulrich Duchrow: Mit Luther, Marx & Papst den Kapitalismus überwinden: Eine Flugschrift, Hamburg 2017.

5 Vgl. dazu Karl-Heinz Brodbeck: Die Herrschaft des Geldes. Geschichte und Systematik, Darmstadt, 2009, 564–570.

sich die Thesen 9. und 10. des Problemfeldes der Vergöttlichung des Kapitals an:

»9. Die vom Kapital getriebene Wirtschaft erzwingt grenzenloses Wachstum. Dieses Wachstum gefährdet das gesamte Leben auf unserem Planeten. Menschen sind von Gott geschaffen mit dem Auftrag, »den Garten zu bebauen und bewahren« (Gen 2,15). Luther zitiert zu Beginn seiner 95 Thesen Jesu Ruf zur Umkehr: »Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht: ›Tut Buße‹ usw. (Mt 4,17), hat er gewollt, dass das ganze Leben der Gläubigen Buße sein soll.« Das bedeutet für heute, dass wir täglich persönlich und gesellschaftlich aus der zerstörenden Geldherrschaft aussteigen und – vertrauend auf die befreiende Gerechtigkeit Gottes – mitfühlend und solidarisch in gerechten Beziehungen mit den anderen Menschen und Kreaturen leben.

10. Nach der Schrift gehören wir Menschen zu *einem Leib mit vielen Gliedern, die einander dienen* (1 Kor 12). Nach der kapitalistischen Logik und Praxis besteht dagegen unser Menschsein in Konkurrenz und Wettbewerb. Nach Luther werden wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gottes geschaffen, erhalten und erneuert, um uns kooperativ in Wirtschaft, Politik und Kirche für Gerechtigkeit und Frieden zu engagieren (Von der Unfreiwilligkeit des freien Willens). Damit ist Luther nach ersten Anläufen im Mittelalter in den Armutsbewegungen, bei den Waldensern, Wiclif und Hus derjenige, der auf biblischer Basis die seit dem 8. Jh. v.u.Z. aufkommende egozentrische, kalkulierende Geldzivilisation fundamental in Frage stellt.«⁶

Die zerstörende Geldherrschaft ist global in verschiedener Weise mit Händen zu greifen. Die rasant steigende Erwärmung des weltweiten Klimas und der ungedrosselte Raubbau an natürlichen Ressourcen seien hier beispielhaft genannt. Gerade für Menschen in Südamerika, Afrika und dem Südpazifik, das hat die gemeinsame Arbeit an den 94 Thesen gezeigt, sind die Folgen der Umweltzerstörung viel stärker im Alltag zu spüren als bei uns in Mitteleuropa.

Die 94 Thesen haben sich klar auf eine innerkirchliche und innertheologische Debatte ausgerichtet, ohne sich allerdings auf den theologischen Binnenraum zu beschränken. Die Diskussion um die

⁶ <http://www.radicalizing-reformation.com/index.php/de/thesen.html>

Herrschaft des Geldes bietet in vielfacher Weise Anknüpfungspunkte für Diskussionen mit der Sozialphilosophie und Soziologie. Gerade im Gespräch mit den Schriften von Hartmut Rosa kann man sehen, wie fruchtbar das interdisziplinäre Gespräch über solche Problemstellungen sein kann. Mit Rosa lässt sich zeigen, wie im europäischen Kontext das Ausgerichtet-sein auf das Geld sich auf menschliche Subjekte und ihre sozialen Beziehungen auswirkt. Für Rosa unterliegen Menschen in der gegenwärtigen Gesellschaft einer extremen Veränderungsdynamik und den Anforderungen, sich in den verschiedenen Bereichen des Lebens immer mehr zu steigern und zu verbessern.⁷ Rosa spricht hier von Steigerungsimperativen der Gesellschaft. Wollen Menschen Anerkennung innerhalb einer Gesellschaft erfahren, müssen sie diesen Anforderungen in ihrem Leben entsprechen. Sie müssen sich den rasanten Veränderungen in der Gesellschaft stellen und sich den daraus resultierenden Anforderungen anpassen. Man kann sagen: Menschen müssen mehr materiellen Besitz anhäufen, mehr Wissen erwerben, mehr Dinge nutzen und beherrschen können, mehr von der Welt kennen, mehr Kontakt zu immer mehr Menschen haben! Solche Steigerungsimperative sind die Gottheiten, vor denen sich heutige Menschen rechtfertigen müssen. Sie brauchen nicht mehr kirchlichen Vertretern ihre Sünden beichten und ihnen Ablassbriefe abkaufen. Sie müssen Leistung erbringen, so – und nur so – bekommen sie einen Platz in der Gesellschaft. Rosa selbst formuliert das in einem Interview so: »Wir produzieren mehr, wir konsumieren mehr, wir haben immer mehr Kontakte – aber weiterhin nur 365 Tage im Jahr. Also müssen wir den Mehrkonsum, die Mehrkontakte, die Mehroptionen in die gleiche Zeit hineinpacken. Das geschieht durch Verdichtung. Nur so kann der allgegenwärtige Zwang zur Steigerung auf allen Ebenen erfüllt werden. Dieser Zwang ist von Angst getrieben, der Angst, nicht mithalten zu können: Wer nicht zulegt, verschwindet vom Markt. Dieser Steigerungszwang wird uns ökologisch, psychisch

7 Vgl. Hartmut Rosa: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin
²2016, 690.694.

und – wenn Sie so wollen – spirituell ruinieren. Also müssen wir da raus.«⁸

Über dieses »Also müssen wir da raus.« gilt es ins Gespräch zu kommen. Ich finde es wichtig, dass Rosa nicht von gesellschaftlichen Reförmchen spricht, die eher ablenken als etwas ändern. Es geht um eine grundsätzliche Veränderung gesellschaftlichen Miteinanders.

8 Hartmut Rosa in einem Interview in Publik-Forum (24/2017, S. 45) unter der Überschrift »Was Menschen wirklich brauchen«.

Andreas Hetzel

Demokratie als Lebensform

Im Hildesheimer Römer-Pelizaeus-Museum ist zurzeit eine liebevoll kuratierte kleine Ausstellung unter dem Titel *Alltägliche Reformation – Luthers Thesen und ihre Folgen* zu sehen. Diese Ausstellung beschäftigt sich, so der Ankündigungstext, »mit Auswirkungen der Reformation auf das alltägliche Leben der Menschen«. Damit eröffnet sie zugleich den Blick darauf, dass sich die Reformation wesentlich *im* alltäglichen Leben der Menschen vollzogen hat. Sie lässt sich also nicht auf einzelne »große« Gesten wie den Anschlag der Thesen in Wittenberg oder Luthers Rede auf dem Wormser Reichstag reduzieren, sondern findet mindestens genauso am Küchentisch, auf dem gemeinsamen Weg zur Feldarbeit, beim Verkaufsgespräch am Marktstand statt. Die Reformation, die mit ihrem Plädoyer für die Freiheit und Gleichheit aller Christenmenschen die Entstehung unserer neuzeitlichen Gesellschaften einleitete, konnte nur deshalb erfolgreich sein, weil sie nicht nur mit neuen Ideen einherging, sondern auch mit neuen Möglichkeiten, diese Ideen zu leben und affektiv zu besetzen.

Als Sozialphilosoph sehe ich den größten gesellschaftlichen Reformbedarf heute in der Beantwortung immer weiterer Demokratisierungsdefizite. Diese lassen sich nicht (und darin besteht, nebenbei bemerkt, ein Reformbedarf meiner Disziplin, der Philosophie), ausschließlich auf dem Weg einer Suche nach rationalen Rechtfertigungen der Demokratie beheben, sondern nur durch die Mobilisierung demokratischer Leidenschaften, durch die Etablierung von demokratischen Lebensformen. Nur so könnte der Gefahr begegnet werden, dass sich unsere heutigen westlichen Demokratien zunehmend in Postdemokratien verwandeln.

Im Begriff der Postdemokratie, der von Jacques Rancière und Colin Crouch vorgeschlagen wurde, erhärtet sich der Verdacht, dass Anspruch und Wirklichkeit unserer heutigen Demokratien immer weiter auseinanderfallen. Als Lebensform und normativer Anspruch befindet sich Demokratie in einer Krise. Unsere heutigen westlichen

Gesellschaften definieren sich zwar nach wie vor als demokratisch, geben sich demokratische Verfassungen und halten an demokratischen Verfahren wie regelmäßigen Wahlen fest, *de facto* regiert in ihnen aber längst nicht mehr das Volk, sondern regieren wirtschaftliche Eliten. Vor allem zwei sich verstärkende Tendenzen bestimmen die prekäre Lage der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts: eine an neoliberalen Zielvorstellungen ausgerichtete Globalisierung und ein Relevanzverlust des Staates bzw. eine Umgestaltung staatlicher Steuerung. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden nicht länger von demokratisch legitimierten Institutionen getroffen, sondern von Bürokratien, Verhandlungsgremien und Netzwerken aus Berufspolitikern und Lobbyisten.

Diese von vielen Beobachtern als postdemokratisch gekennzeichnete Lage verstehe ich vor allem als Ausdruck der Krise eines demokratischen Begehrens oder einer politischen Apathie. Die Apathie äußert sich in einem Gefühl der Ohnmacht angesichts vermeintlicher Sachzwänge, in einem schwindenden Vertrauen in demokratische Regierungen und Verfahren sowie in einer nachlassenden politischen Einbildungskraft: in der mangelnden Fähigkeit, sich *andere* Weisen der politischen Vergemeinschaftung vorstellen zu können oder zu wollen als jene neoliberale Ordnung, die uns seit 1989 von allen Seiten als alternativlos angepriesen wird. Wir haben, kurz gesagt, das demokratische Wünschen verlernt, uns im Regiert-Werden weitgehend eingerichtet.

Die Lebensform, die dieser politischen Apathie korrespondiert, ist, quer durch alle Klassen, auf Akkumulation von ökonomischem und sozialem Kapital sowie auf die Erhöhung von Konsumchancen ausgerichtet, von ökonomischen Verlustängsten geprägt und im strengen Sinne apolitisch. Politisches Engagement wird nicht länger als Entfaltungsmöglichkeit für das eigene Leben erkannt. Die klassisch antike Einheit von Glück, das Aristoteles als gelingenden Gesamtlebensvollzug definiert, und einer Existenz in der, mit der, für die und durch die Gemeinschaft der Polis kann unter heutigen Bedingungen noch nicht einmal mehr gedacht werden. Die vielbeschworene Individualisierung, eines der wichtigsten Charakteristika moderner Gesellschaften, erweist sich vor allem als eine Individualisierung des Begehrens, als Transformation eines auf Lebens- und Praxisformen ausgerichteten

Glücksstrebens in ein entpolitisiertes, im wörtlichen Sinne idiotisches (d. h. auf das Privatleben und den Oikos fixiertes) Luststreben.

In Bezug auf Lebensformen hat sich die praktische Philosophie spätestens seit Kant ein Denkverbot auferlegt. Dieses Denkverbot wurde vor allem mit liberalistischen Argumenten begründet. Lebensformen, so das liberalistische Credo, seien gerade in einer demokratischen Gesellschaft frei wählbar; bestimmte Lebensformen normativ auszuzeichnen schwebt in der Gefahr des Totalitarismus. Das Politische Denken der Moderne konzentriert sich insofern nur auf zwei der drei Ideale der französischen Revolution, auf die *liberté* und *égalité*, nicht dagegen auf die *fraternité*. Die Enthaltensamkeit gegenüber der *fraternité* und den Formen gemeinsamen Lebens führt einerseits dazu, dass heute der Markt über die Lebensformen entscheidet, dass also in unseren westlichen Gesellschaften eine besitzindividualistische und konsumistische Lebensform als universell und scheinbar alternativlos erscheint (mit fatalen sozialen und ökologischen Folgen), andererseits dazu, dass Populismen ein stets latentes Bedürfnis nach Vergemeinschaftung mit ideologisierten Sinnangeboten befriedigen können.

Demokratie kann nicht nur eine Gemeinschaft der Freien und Gleichen sein, sondern würde nur dann ihrem Begriff und ihrem antiken Erbe entsprechen, wenn sie auch mit Möglichkeiten einer affektiven Bindung und Vergemeinschaftung einherginge. Demokratie lässt sich nicht auf Verfahren und Institutionen beschränken. Demokratie muss nicht nur begründet und institutionalisiert werden, sondern in erster Linie *gelebt*. Sie verkörpert zuvörderst eine Sehnsucht: nach einem angstfreien, vielleicht sogar freudvollen (wenn auch niemals vollständig versöhnten) Miteinander Verschiedener, nach einer Gemeinschaft Freier und Gleicher, nach einer Zugehörigkeit, die nicht weiter von exkludierenden Voraussetzungen abhängig gemacht würde, nach einer Gesellschaft, die von ihren Bewohnern insofern als *ihre* Gesellschaft begriffen werden könnte, als sie in ihr den freien Ausdruck ihrer eigenen kollektiven Praxis sehen, nach der Offenheit von Debatten, die von keiner vermeintlich objektiven Position aus kontrolliert werden können, in denen alle alles zu sagen vermögen. Wenn es Demokratie gibt, was nie ausgemacht sein könnte, dann zuvörderst als Leidenschaft nach ihr, als Aufbegehren gegen alle vor-

und undemokratischen Formen der Vergemeinschaftung. Genauso, wie sich die von Luther ausgehende Reformation nicht auf große Gesten beschränken lässt, sondern ihren Ort im alltäglichen Leben findet, so ließe sich auch der Gefahr der Postdemokratie nur durch eine Vertiefung und Erweiterung von Demokratisierungsprozessen auf allen gesellschaftlichen Ebenen begegnen, durch die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten in Institutionen, Nachbarschaften, Verbänden, sozialen Bewegungen und (Gegen-)Öffentlichkeiten. Eine solche Vertiefung und Erweiterung von Demokratisierungsprozessen könnte nur »von unten« ausgehen und hätte nur dann Erfolg, wenn es ihr gelänge, neue, leidenschaftlich besetzbare Lebensformen zu etablieren.

Die großen demokratischen Augenblicke der Geschichte zeichneten sich immer durch einen Ausbruch von Leidenschaften aus, durch ein Durchbrechen jenes Zirkels aus Fantasielosigkeit und Angst, der unser Begehren in die Maschinerien der Verteilung von Geld, Macht und Subjektpositionen einzuspeisen sucht. Genuin demokratische Ereignisse wie die Belagerung der Akropolis durch das Athener Volk im Jahre 507 v. Chr., die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten am 4. Juli 1776, der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789, der Mai 1968, die friedliche Revolution in der DDR 1989 sowie schließlich der mit Mohamed Bouazizis Selbstverbrennung am 17. Dezember 2010 einsetzende Arabische Frühling sind immer primär Manifestationen einer Leidenschaft, nicht nur die diskursive Artikulationen von Forderungen und Interessen. All diese Ereignisse gehen mit einem zugleich leidenschaftlichen und leibhaften Einsatz einher, mit der Konstitution neuer politischer Subjekte und der Erfindung einer neuen Sprache, in der sich primär das Begehren zuvor vermeintlich Sprachloser zu sprechen ausdrückt, und vor allem aber mit einem kollektiven Gefühl, das eine gemeinschaftliche Lebensform möglich ist, die nicht länger auf Subordination beruht.

Brauchen wir mehr oder weniger Reformation im Bildungssystem?

»Die OECD-Testmaschinerie sollte herunter gefahren werden.« Das forderten im Frühjahr 2014 mehr als 4000 UnterzeichnerInnen eines offenen Briefs, der an den »Erfinder« der PISA-Studien, Andreas Schleicher, in seiner Funktion als Direktor des OECD-Direktorats für Bildung gerichtet war. In dem Brief heißt es weiter: »Durch den von PISA stimulierten internationalen Wettlauf um Testergebnisse hat die OECD die Macht erhalten, weltweit Bildungspolitik zu bestimmen, ohne jede Debatte über die Notwendigkeit oder Begrenztheit der OECD-Ziele.«¹ Tatsächlich wurden in vielen Bildungssystemen und insbesondere auch in Deutschland in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformen umgesetzt (Martens et al. 2016, Niemann et al. 2017). Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefs kritisierten die auf die erste PISA-Studie 2001 und 2003 gefolgt Reformen als zu einseitig an den Testergebnissen orientiert und als zu kurzfristig. Haben wir also zu viel Reformation im Bildungssystem? Dies ist eine der Forschungsfragen der Bildungssoziologie, die sich unter anderem mit dem Wandel der Bedeutung und Definition von Bildung beschäftigt und mit den gesellschaftlichen Folgen, die unterschiedliche Niveaus und Verteilungen von Bildung nach sich ziehen können.

Wir haben in den letzten Jahren so viele Reformen im Bildungsbe-
reich erlebt, weil Bildung zu einer Art Heilsversprechen für zahlrei-
che gesellschaftliche Herausforderungen geworden ist. Das Bildungs-
system soll zentrale Aufgaben für moderne Gesellschaften erfüllen:
es soll wirtschaftliches Wachstum und Konkurrenzfähigkeit ermögli-
chen, die Integration von Migranten sicherstellen, gesellschaftlichen
Zusammenhalt durch Demokratieverziehung fördern, sozialen Frieden
durch die Durchsetzung des Leistungsprinzips erreichen – die

1 [http://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2014/05/offener-brief-schleicher-
autorisierte-fassung.pdf](http://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2014/05/offener-brief-schleicher-autorisierte-fassung.pdf), Zugriff Januar 2017

Liste ließe sich fortführen. Natürlich hatte das Bildungssystem immer schon zentrale Aufgaben für die Gesellschaft zu erfüllen, es ging zum Beispiel immer darum, das kulturelle Wissen einer Gesellschaft an die nächste Generation weiterzugeben und dadurch die Stabilität dieser Gesellschaft im Sinne eines »nation building« zu betreiben. Auch Martin Luther und seine Mitstreiter hatten schon die Bedeutung von Bildung für eine Gesellschaft erkannt und Forderungen zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung gestellt und damit entscheidende Impulse für die Entwicklung der öffentlichen Bildungssysteme, wie wir sie heute kennen, gesetzt.

Dennoch: in den letzten Jahren ist es zu einer Art Funktionsüberlast für Bildung und unsere Bildungssysteme gekommen, man kann deshalb von einer Pädagogisierung (englisch: *educationalization*) sozialer Probleme, sprechen. Man kann das am wichtigen Thema der Integration von Migranten beobachten. In vielen westlichen Ländern wie auch in Deutschland wachsen die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. In einigen großen Städten wird in den nächsten Jahren die Hälfte der Schulanfänger einen Migrationshintergrund haben. Es ist zweifelsohne eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Integration dieser Gruppen sicherzustellen. Aber es liegt auch nahe, zu denken, dass Integration am Besten in der Schule gelänge. Der mögliche Einfluss von Schule auf Integrationsprozesse wird deutlich, wenn man sich die Frage stellt, was Integration eigentlich bedeutet: häufig werden in der Literatur verschiedene Aspekte und Dimensionen von Integration unterschieden, zum Beispiel die kulturelle, die soziale, die strukturelle und die emotionale Dimension (Esser 2006). Ein erfolgreicher Schulbesuch hängt mit all diesen Dimensionen zusammen und befördert sie: in der Schule wird Sprache und kulturelles Wissen vermittelt, es können im Idealfall Kontakte zu Einheimischen geknüpft werden, und die Schule vergibt Abschlusszertifikate, mit denen der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Aber wie gelingt dies konkret: die Schule, besser gesagt die Lehrkraft in ihrem Unterricht, kann ja immer nur Angebote zum Lernen machen, diese Angebote müssen von den Schülern und Schülerinnen angenommen und genutzt werden. Die Lehrkraft kann aber in ihrem Unterricht nichts daran ändern, dass die Schülerinnen sich vielleicht kaum auf den Unterricht konzentrieren können und auch nicht sicher sind, was

ihnen das angebotene Wissen nützen soll, wenn sie nicht wissen, ob sie eine Bleibeperspektive in Deutschland haben. Die Lehrkraft kann auch nicht mehr als »gut zureden«, wenn Schülerinnen mit Migrationshintergrund vielleicht demotiviert sind, weil sie sehen, dass ihre älteren Geschwister auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden.

Klar ist, dass die Schule und das Bildungssystem im Bereich der Integration von Migranten viel erreichen können. Jedoch gibt es ganz eindeutige Grenzen – und Aufgaben, die von anderen gesellschaftlichen Teilbereichen übernommen werden müssen. Ein weiteres Beispiel ist die Forderung nach Chancengleichheit für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Das Bildungssystem soll gleiche Chancen garantieren, und die ersten PISA-Ergebnisse aus dem Jahr 2001 hatten gezeigt, dass Deutschland in diesem Bereich erschreckend schlecht abschnitt. Tatsächlich hat sich in den letzten 15 Jahren der Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit und dem Bildungserfolg etwas gelockert und Deutschland liegt nun im OECD-Mittelfeld. Weiterhin entspricht der Unterschied zwischen Kindern von Maurern oder Bäckern und Kindern von Apothekern oder Zahnärzten dem Lernzuwachs von etwa zwei Schuljahren. Diese großen Disparitäten verdeutlichen den anhaltenden Handlungsbedarf in diesem Bereich. Gleichwohl ist es nicht möglich, ein Bildungssystem tatsächlich so zu gestalten, dass eine völlige Entkopplung von sozialem Status und Bildungserfolg erreicht wird.

Warum dies nicht möglich ist, wird deutlich, wenn man sich die Ursachen der sozialen Bildungsungleichheit anschaut: ein Teil der Ungleichheit geht auf den Umstand zurück, dass in Haushalten in schwächeren sozialen Lagen weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, mit denen zum Beispiel Nachhilfe finanziert und ein anregender, lernförderlicher Alltag gestaltet werden kann – zum Beispiel durch Zoo- und Museumsbesuche oder durch ein eigenes Zimmer mit Schreibtisch für jedes Kind. Abgesehen von den finanziellen Ressourcen spielt aber der Bildungshintergrund der Eltern auch deshalb eine Rolle, weil Eltern mit weniger Bildung ihren Kindern weniger bei den Hausaufgaben helfen können und weil sie den Kindern einen anderen Sprachschatz und grundsätzlich einen bestimmten Habitus vermitteln, der in den Schulen wiederum weniger anerkannt und belohnt wird. Die Kopplung zwischen Herkunft und Bildungserfolg ist

also schwer aufzulösen, man müsste dafür als Staat sehr stark und sehr früh intervenieren und unverhältnismäßig in die private Lebensgestaltung der Familien eingreifen.

Das heißt aber nicht, dass sich der Zusammenhang zwischen Status und Bildungserfolg nicht verringern ließe. Trotz der vielen reformerischen Bemühungen in Deutschland in den letzten Jahren besteht in diesem Bereich weiterhin Handlungsbedarf, zum Beispiel muss die Qualität der vorschulischen Betreuung noch weiter verbessert werden, das Personal im vorschulischen Bereich sollte besser qualifiziert und bezahlt werden und der Kindergartenbesuch könnte ab einem bestimmten Alter durchaus verpflichtend sein.

Das ist aber nur die eine Ursache für soziale Bildungsungleichheit, die andere Ursache ist, dass sich Familien aus unterschiedlichen Schichten »freiwillig« für unterschiedliche Bildungswege entscheiden. Familien aus oberen Schichten werden immer tun, was in ihrer Macht steht, um ihren Status und ihre Privilegien zu verteidigen, und sie werden dafür immer Privatschulen, Internate oder ähnliches finden oder gründen. Den Familien aus den unteren Schichten fehlen aber häufig die Ressourcen, die nötigen Informationen, das Durchsetzungsvermögen und auch die Motivation, die angemessenen Schulentscheidungen für ihre Kinder zu treffen, zum Beispiel wenn diese besondere Förderbedarfe haben.

Dieses Entscheidungsverhalten kann man natürlich auch über das Bildungssystem steuern, zum Beispiel indem man alle Schüler auf eine einzige gemeinsame Schulform schickt und Eltern keine Freiheiten bei der Wahl des Ortes dieser Schule lässt. Das ist natürlich nicht realistisch – trotzdem: auch hier besteht weiterhin Reformbedarf. Es braucht mehr Übersichtlichkeit im Sekundarschulbereich angesichts der eher wachsenden als abnehmenden Zahl verschiedener Schulformen.

Auch die unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften unterschiedlicher Schulformen ist ein Teil der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem – und dabei handelt es sich um ein veränderbares Phänomen.

Doch auch bei der Frage der sozialen Bildungsungleichheit wird deutlich, dass das Bildungssystem allein die Aufgabe nicht bewältigen kann. Ein Bildungssystem kann nicht gerechter sein als der Rest

der Gesellschaft. Es braucht flankierende sozialpolitische und familienpolitische Maßnahmen, um Familien mit weniger Ressourcen zu unterstützen. Es geht dabei nicht um eine Gleichmacherei, denn die oberen Schichten werden sowieso immer dafür sorgen, dass die Leistungen und Abschlüsse ihrer Kinder besser und angesehener sind. Es muss aber darum gehen, den Kindern aus unteren Schichten, denen mit Migrationshintergrund oder mit einem besonderen Förderbedarf ein Mindestniveau an Bildung zu garantieren, das es ihnen ermöglicht, an der Gesellschaft teilzuhaben. In Deutschland heißt das eigentlich, allen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Würde man diese Forderung ernst nehmen, müsste sich der Staat viel stärker in diese beruflichen Ausbildungen einmischen und das Angebot der Ausbildungsplätze zum Beispiel nicht der wirtschaftlichen Konjunkturlage überlassen (Solga 2013).

Um zu der Ausgangsfrage zurück zu kommen: Brauchen wir mehr oder weniger Reformation im Bildungssystem? Wir brauchen Reform, aber eben nicht *nur* im Bildungssystem. Die Schule und das Bildungssystem übernehmen ganz grundlegende Aufgaben für Gesellschaften, aber sie können nicht alles leisten.

Abschließen möchte ich nicht mit einer Reformempfehlung, sondern mit einer Erklärung, warum es so gewinnbringend ist, sich Bildungssysteme und ihre Veränderungen anzuschauen: Hannah Arendt hat gesagt: »Wer die Verantwortung für die Welt nicht übernehmen will [...], darf nicht mithelfen, Kinder zu erziehen« (Arendt 1994: 270) – das heißt auch: man könnte durch die institutionalisierte Erziehung von Kindern in Bildungssystemen die Welt verändern. All unsere gesellschaftlichen Vorstellungen über soziale Gerechtigkeit und den Sinn und Zweck von Bildung sind in Bildungssystemen manifestiert – und deshalb lernt man so viel über Gesellschaften, wenn man schaut, was in einer Gesellschaft als Bildung anerkannt wird, und wer es im Bildungssystem leichter und schwerer hat.

Literatur

- Arendt, Hannah 1994: Die Krise in der Erziehung, In: Dies.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken, München und Zürich: Piper, S. 255–276
- Esser, Hartmut. 2006. Sprache und Integration: Die Sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migrant*innen. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Martens, Kerstin, Dennis Niemann, und Janna Teltemann. 2016. »Effects of International Assessments in Education – a Multidisciplinary Review.« *European Educational Research Journal* 15(5):516–22.
- Niemann, Dennis, Kerstin Martens, und Janna Teltemann. 2017. »PISA and Its Consequences: Shaping Education Policies through International Comparisons.« *European Journal of Education* 52(2):175–83.
- Solga, Heike. 2013. »Was Wirkt?«, In: D. Deißner (Hg.): Chancen bilden, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 169–175

Für ein Theater unseres Zeitalters

Theater zeichnet sich dadurch aus, dass hier Menschen einen Raum teilen. Diese Eigenschaft bekommt in Zeiten, in denen körperliche Co-Präsenz durch die neuen Medien immer mehr in den Hintergrund rückt, eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Funktion. Im Theater geht es um Empathie, um Einfühlung, um Diskussion, um Konflikte, um das Durchspielen verschiedener Möglichkeiten. Alle diese Funktionen bekommen angesichts einer zunehmenden Spaltung dieser Gesellschaft zunehmend Relevanz. Damit aber das Theater genau diese Funktionen ausüben kann, muss es selbst Strukturen schaffen, die einer offenen, demokratischen Gesellschaft entsprechen. Der Kunst muss ein eigener Ort zugestanden werden, der Experimentelles, andere Erfahrungen, ermöglicht. Es ist ein Ort für die Erfindung neuer Möglichkeiten, wie sich Wirklichkeit leben lässt, Räume für neue Denkmöglichkeiten zu erproben. Dafür braucht es aber ein anderes Verständnis für den Ort der Kunst.

1. Die Theaterinstitutionen sind zunehmend verpflichtet, sich als marktwirtschaftlich agierende Unternehmen zu profilieren. Die Subventionen von Theaterkarten werden vorgerechnet, das Theater soll sich lohnen, oder zumindest keine Verschwendung sein. Theater ist immer Verschwendung. Im Sinne eines Effektivitätsdenkens lohnt es sich nie, über Wochen an einer Inszenierung zu arbeiten, die mit ihrer Aufführung vergangen ist und dies jeden Abend wieder neu. Vor allem aber bringt dieses ökonomische Denken die Theaterinstitutionen dazu, ihre Kartenpreise zu erhöhen. Nicht mehr eine Kulturpolitik einer »Kultur für alle« ist das Ziel, sondern eine möglichst ausgeglichene Bilanz. Theater muss Verschwendung sein dürfen, es muss unbequem sein, andere Erfahrungen eröffnen. Es darf nicht auf die großen Städte beschränkt sein, unterschiedliche Formen von Theater – Schauspiel, institutionalisiertes Theater, freie Theatergruppen – müssen gleichermaßen gefördert werden. Dies schließt aber

auch ein, dass die Theater sich ihren eigenen blinden Flecken stellen:

2. Die Theater begreifen sich als Orte gesellschaftlicher Debatten und einer kritischen Auseinandersetzung über gesellschaftliche Missstände. Um diesen Anspruch glaubwürdig vertreten zu können, müssen sich die Maßstäbe einer politischen Kunst auch in Fragen der Repräsentation wie auch in den Produktionsbedingungen des Theaters selbst zeigen.

3. 2016 veröffentlichte der Kulturrat eine Studie, in der die Situation von Frauen in Kultur und Medien untersucht wird. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Frauen in den Künsten sind schlechter bezahlt, sind seltener in Leitungspositionen beschäftigt. Je angesehener eine Position ist, umso seltener ist sie mit Frauen besetzt. Zugleich übersteigt der Anteil der weiblichen Studierenden im Kunstbereich den der männlichen. Dies zeigt sich vor allem im Theater: Während Souffleusen fast ausschließlich Frauen sind, sind Intendantenposten nur zu zwanzig Prozent mit Frauen besetzt. Diese Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Debatte um Quotierungen: Denn wenn das Geschlecht nicht entscheidet, warum sind dann Männer besser bezahlt und in einflussreicheren Positionen? Wenn die Geschlechterverteilung unter Studierenden der Regie paritätisch ist, wieso gibt es dann nur eine kleine Anzahl von professionell arbeitenden Regisseurinnen? Das Argument, dass Geschlecht kein Auswahlkriterium für Förderinstrumente oder für die Gestaltung von Spielplänen sein dürfe, weil ja die Kunst überzeugen müsse, ignoriert die Bedingungen von Auswahl- und Professionalisierungsprozessen. Künstlerin oder Künstler wird man nicht einfach nur deshalb, weil man Talent hat, gute Arbeiten zeigt oder das Publikum überzeugt, sondern auch weil man dazu gemacht wird. Aufmerksamkeit von Theaterleitungen oder der Presse, die Form der Vergabe von Stipendien, die Besetzung von Juries – all das trägt dazu bei, dass eine Künstlerin oder ein Künstler wahrgenommen wird und damit überhaupt die Möglichkeit zu arbeiten bekommt. Wenn nach der Gleichberechtigung im Theater gefragt wird, geht es also nicht darum, die künstlerische Freiheit aufzugeben, sondern die Strukturen selbst genauer anzuschauen: Wie werden

wichtige Positionen und Juries besetzt, nach welchen Kriterien werden Spielpläne gestaltet, wer bekommt Aufmerksamkeit? Die beschriebene Diskriminierung geschieht ja nicht programmatisch, sondern meist unbewusst.

4. In der Theaterlandschaft herrscht zwischen einzelnen Beschäftigten – Schauspielerinnen und Schauspielern, Regisseurinnen, Bühnenbildnerinnen – ein extremes Ungleichgewicht hinsichtlich der Bezahlung. Junge Schauspielerinnen kommen kaum über den Mindestlohn und sind gleichzeitig rigiden Zeitvorgaben unterworfen. Dagegen stehen Intendantengehälter, die denen eines Aufsichtsrats mittelgroßer Unternehmen entsprechen. Diese Ungleichheit zieht sich auch durch die Gegenüberstellung von Freiem Theater und Stadttheater. Es muss Schluss sein mit der romantisierenden Vorstellung vom armen Künstler, der aus Enthusiasmus seine Kunst betreibt, von der Vorstellung, dass erst die Not Kreativität erweckt, wie sie immer noch häufig weitererzählt wird: Künstlerinnen und Künstler müssen sozial abgesichert werden, ihre Arbeit die gleiche Anerkennung – auch als Arbeit – erfahren, wie die anderer Menschen auch. Politische Kunst zu machen heißt auch, adäquate Strukturen zu schaffen, in denen diese Kunst entstehen kann.

Wolfgang Schneider

Die Kunst der Reformation, oder: Kirche! Und Kultur?

Was bleibt übrig vom Reformationsjubiläum? Außer den Devotionalien der Popularkultur wie Luthersocken, Lutherbonbons und einer Lutherfigur von Playmobil? Geht es vielleicht doch um mehr?

Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages, deren Bericht vor genau 10 Jahren veröffentlicht wurde, hat in der 15. Wahlperiode ein Gutachten unter dem Titel »Der Beitrag der Kirchen und Religionsgemeinschaften zum kulturellen Leben in Deutschland« vergeben, das das Engagement der christlichen Kirchen, aber auch den Kulturbeitrag anderer Religionsgemeinschaften, untersuchte.

Denn die Kultur in Deutschland ist durch christliche Traditionen geprägt. Das Christentum gehört neben den antiken Traditionen seit vielen Jahrhunderten zu den wesentlichen Grundlagen europäischer Kultur. Das gilt nicht nur für künstlerische Ausdrucksweisen, sondern auch für die Bereiche Recht, Wissenschaft und Brauchtum. Der Vollständigkeit halber: Auch andere, nichtchristliche Religionen haben die europäische Kultur mitgestaltet. Hierzu gehört insbesondere das Judentum, aber auch der Islam.

Kulturelle Formen haben sich zudem auch in Auseinandersetzung und Abgrenzung zum Christentum entwickelt. Das christliche Erbe ist für die kulturelle Tradition Europas von besonderer Bedeutung. Kirchenbauten sind prägende Momente der Städte und Dörfer, Bibelübersetzungen leisteten für die Entwicklung der europäischen Sprachen einen großen Dienst.

In Literatur und Theater finden wir außer Themen der antiken Mythologie und Geschichte vor allem biblische Motive und Symbole, die europäische Musik nimmt ihren Ausgang aus der liturgischen Deklamation, die bildende Kunst von der Darstellung antiker und christlicher Symbole und biblischer Ereignisse. Viele Museen sind angefüllt mit Werken christlicher Thematik. Diese Prägungen verlieren in der

Neuzeit zwar sukzessive an Bedeutung, sie bleiben aber gleichwohl präsent und bedeutsam.

Im Rahmen des Seminars »Reformation 2017. Kirchenkultur in Stadt und Land«, das ich (evangelisch) und meine Doktorandin Beate Kegler (katholisch) im diesjährigen Sommersemester durchgeführt haben, entstand auch ein Interview mit dem Pastor der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde, Siek Postma, in Jennelt, eines von neunzehn Dörfern der ostfriesischen Gemeinde Krummhörn mit 362 Einwohner_innen. Ich danke der Studentin Elena de Zubiaurre Racis für die Transkription des Telefongesprächs und verwende in diesem Vortrag ein paar O-Töne aus der kirchlichen Praxis von Kulturarbeit oder soll ich sagen: kulturelle Praxis von Kirchenarbeit?

Guten Morgen, Herr Postma. Der Titel unserer nächsten Seminarstunde lautet »Die Kirche im Dorf, ein Phänomen der Breitenkultur«. Bei der Recherche zu ihrer Kirche sind wir schnell auf ein Phänomen gestoßen: 2012 hatten über neunzig Prozent der Einwohner_innen von Jennelt eine Mitgliedschaft in ihrer Kirchengemeinde. Sie sind also ziemlich erfolgreich. Ist das heute noch so? Und wenn ja, warum?

POSTMA: Das ist in der Tat heute noch so. Ich denke das hat damit zu tun, dass wir uns als Kirchengemeinde als Teil der Dorfgemeinschaft verstehen und, dass das auch von anderen Menschen so angenommen und wahrgenommen wird und man von einem echten Miteinander sprechen kann.

Wir haben auf ihrer Internetseite von »verrückten Projekten« gelesen, die durchgeführt worden sind und jetzt gerade sind sie Teil des Krummhörner Orgelfrühlings, einem geistlichen Musikfestival. Gehören Kirche und Kultur zusammen?

POSTMA: Das gehört für mich zusammen und ich verstehe Kirche so, dass sie sich einbringt, wirklich Teil von Gesellschaft und Gemeinschaft ist und da ihre Akzente setzt und mit ihren Pfunden wuchert.

»Die christlichen Kirchen Deutschlands tragen mit ihren Museen, ihren Chören und Musikensembles, ihren öffentlichen Büchereien und Fachbibliotheken, ihren Bildungseinrichtungen und Baudenkmalern und vielem anderen mehr wesentlich zum kulturellen Leben in unserem Land bei«, heißt es im Schlussbericht der »Enquete-Kommis-

sion« auf Seite 208. »Sie gehören zu den zentralen kulturpolitischen Akteuren Deutschlands. Die Kirchen setzen etwa 20 Prozent ihrer Kirchensteuern, Zuwendungen und Vermögenserlöse für ihre kulturellen Aktivitäten ein, etwa 3,5 bis 4,8 Mrd. Euro. Die Kirchen liegen damit mit ihren Aufwendungen für Kultur im Vergleich der öffentlichen Ebenen gleichauf mit den Kommunen und Ländern. Die Kirchen setzen als kulturpolitische Akteure insbesondere auf Breitenarbeit und die Einbeziehung des Ehrenamtes. Haupt- und engagiertes Ehrenamt teilen sich etwa je zur Hälfte die kirchliche Kulturarbeit. Die Kirchen fördern mit ihrer kulturellen Breitenarbeit insbesondere die Jugend.«

Was ist das *typisch Ländliche* in Ihrer Kirchengemeinde? fragen wir den Pastor von Jennelt:

POSTMA: Dass es keinen Bäcker gibt. Also das ist tatsächlich ein Kennzeichen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. In den Dörfern ist im Grunde alles verschwunden, was konstitutiv war: Ob es der Schmied, der Bäcker oder der Tante-Emma-Laden ist – das verbindet im Grunde genommen alle Dörfer miteinander.

Und wie geht man damit um?

POSTMA: Indem man gemeinsam Projekte initiiert und durchführt. Und das andere ist, dass wir uns zunehmend Gedanken darüber machen müssen, wie das eigentlich sein wird, wenn auch in unserem Dorf, das sogar relativ jung ist, die Situation erreicht wird, dass die Mehrheit von Menschen möglicherweise *alt* ist.

Die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur treffen nicht nur die Kommunen, sie wirken auch in die Kirchengemeinden hinein. Die Gesellschaft wird weniger, älter und bunter. Eine Umverteilung von großem Ausmaß ist im Gange, soziale und kulturelle Veränderungen sind zu erahnen. Kirchenkreise werden zusammengelegt, Pfarrer abgezogen, Kulturbudgets wegen Kirchensteuerrückgang gekürzt.

Während die bisherige Kulturpolitik lediglich auf die Breite des Kulturangebots selbst eingeht, wäre Breite aber auch hinsichtlich ihrer Akteure zu verstehen – gewissermaßen als eine Kultur der Breite der Bevölkerung. Die Definition des »Weißbuchs Breitenkultur«, das wir vom Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim im Auf-

trag des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur herausgeben durften, ist deshalb: »Gemeinsames kulturelles und künstlerisches Tun mit individueller Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagement auf einer nicht-kommerziellen, sparten- und politikfeldübergreifenden Ebene – das kann Breitenkultur sein.«

Auch deshalb fragten wir den Pastor am Deich noch: Was gilt es deshalb zu bedenken?

POSTMA: Es gibt die Herausforderung der zunehmenden Säkularisierung. Auch wenn das in unserer Gemeinde, wie Sie schon erwähnt haben, recht gut aussieht. Das ist aber nicht überall so. Eine der damit verbundenen Herausforderungen in unserer Region ist der hohe Bestand an historischen, mittelalterlichen Kirchen. Da muss einfach geklärt werden, wer diese auf welche Art und Weise pflegen und für die Nachwelt bewahren wird, weil diese Bauwerke, natürlich nicht nur, aber auch, Denkmale sind.

Gibt es da schon Ideen der anderen Nutzung? Wir haben in Hildesheim zum Beispiel eine Literaturkirche.

POSTMA: Also bei uns hier konkret vor Ort ist es so, das macht wahrscheinlich auch einen Reiz und eine Stärke aus, dass wir die Kirche für alle Äußerungen des gemeindlichen Lebens nutzen. Alles findet in der Kirche statt. Die Kirche ist immer offen: von morgens um sieben bis abends um sieben, weil uns wichtig ist, dass wir eine einladende Gemeinde sind. Wir nutzen sie außerdem multifunktional: Für Gottesdienste, für Konzerte, aber auch für Gruppen.

Kirchenmusik spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Denn auch darüber haben wir im Weißen Haus auf der Domäne Marienburg, unserem Kulturcampus, geforscht. So entstand die erste Studie »Report Kirche und Musik. Eine empirische Analyse der Situation von kirchenmusikalisch Tätigen in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers«, herausgegeben von unserer Honorarprofessorin Susanne Keuchel und Thomas Renz. Kirchenmusik – so fanden wir heraus – versteht sich – im besten Falle – als Kultur für alle, als Kunst mit niedrigschwelligen Zugängen. Denn Musik ist nicht nur das, was zur Repräsentation und zur Distribution für eine gebildete Elite zur Verfügung steht, sondern diese Kunst ist (meistens) barrierefrei.

Wo Kunst sich einmischt, kann sie in den öffentlichen Raum hineinwirken und die gesellschaftliche und politische Entscheidungsfindung beeinflussen. Kunst kann zu einem Meinungs austausch führen und zum Nachdenken anregen. Sie kann sogar das Verhalten im Alltag und die reale Welt drum herum verändern. Im Idealfall können Kunstwerke öffentlichen Raum wieder beleben; was früher als normal galt, kann somit in einem anderen Licht erscheinen, etwa durch überraschend anregende Assoziationen, Irritationen oder gar Provokationen. So entstehen neue Ideen, wie die Zukunft bewohnbarer gemacht werden könnte. Darüber hinaus bietet die große Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen ausreichend Gelegenheit zur Bewertung individueller Fragen und Bedürfnisse.

Welche politischen Rahmenbedingungen bedarf es denn, um kulturelle Entfaltung in Kirchen zu fördern, war die letzte Frage an den Pastor in der Provinz?

POSTMA: Das wichtige ist natürlich erst einmal, dass eine Offenheit füreinander und Neugier aufeinander existiert. Darüber hinaus ist es natürlich auch gut, wenn von der Politik wahrgenommen wird, dass Kirche, dass Gemeinden vor Ort, einen maßgeblichen Beitrag zum kulturellen Leben beitragen können.

Es geht aber um mehr als um die Wahrnehmung von gelungenen breitenkulturellen Aktivitäten. Es geht um die kulturpolitische Verortung von Kirche in der Gesellschaft. Es geht darum, Themen zu setzen, Freiräume zu schaffen und um Teilhabe zu ermöglichen. Das ist dann gelebte Reformation, Reformation als Prozess – auch in der Kulturpolitik: Zur Wertschätzung der Beteiligung der Breite der Bevölkerung an künstlerischer Kreativität, zur Implementierung von infrastrukturellen Maßnahmen gemeinschaftsstiftender Freizeitgestaltung, zur konzeptionellen Weiterentwicklung von Kommunalpolitik in Zeiten des demografischen Wandels, zur Unterstützung des Ehrenamtes durch hauptamtliche Kulturbeauftragte, zur Institutionalisierung von Netzwerken innerhalb und außerhalb der Kirchengemeinden zur kulturellen Daseinsvorsorge, zur Bewahrung immateriellen Kulturerbes als Triebfeder kultureller Vielfalt und Garant nachhaltiger Entwicklung, zur Begleitung der Traditionen in Transformationsprozessen, um das zukünftige Miteinanderleben zu denken und zu gestalten.

Es gilt die Rahmenbedingungen zu schaffen, das Hören und Sehen zu schulen, kulturelle Produktion und Rezeption zu ermöglichen sowie die Künste zu erleben und zu machen. Kirche kann dann auch kulturpädagogisch wirken, sich als kulturpolitischer Akteur verstehen und in der kommunalen Kulturlandschaft eine aktive Rolle spielen. Reformation ist für die Kulturpolitikforschung die Kunst der Vermittlung für ein gelingendes Leben!

Internet und Informationskompetenz

Das Internet, Suchmaschinen, Social Media und nicht zuletzt Smartphones sind mächtige Werkzeuge und zentrale Bestandteile unserer internetbasierten Informationsumwelt – eines Informationsökosystems, welches einen ubiquitären Informationszugriff ermöglicht, neuartige Kommunikationsoptionen eröffnet und uns wie eine unsichtbare Sphäre umgibt. Dies alles klingt zunächst wie eine Utopie. Eine Welt, in der Wissen frei und für jedermann verfügbar ist (Serres 2014). Eine Welt, in der die Transaktionskosten für die Bereitstellung von Wissen nur noch marginal sind und wir neue Wege der Wissensteilung, der Kooperation und des kollektiven Zusammenwirkens beschreiten können (Shirky 2008). Man denke nur an die Wikipedia.

Aber ist diese neue informationsreichhaltige Welt wirklich ein so idealer Ort? Das Internet ist nicht mit einer Bibliothek vergleichbar, welche qualitativ hochwertige und gut aufbereitete Wissensbestände bereitstellt. Wenn wir uns einige Entwicklungstendenzen im Bereich der Durchsetzung von Überwachung und Zensur, die Ausbildung monopolartiger Strukturen auf Informationsmärkten, die Ausbreitung von Fake News oder auch die Abgabe von Entscheidungsmacht an automatische Systeme vergegenwärtigen, empfiehlt sich wahrscheinlich eine eher skeptische Sicht. So wird in China derzeit die Überwachung verstärkt, künftig soll ein soziales »Abrechnungssystem« das Onlineverhalten umfassend analysieren und entsprechend sanktionieren (Williams 2017). Im Bereich der Informationssuche kann Google als der de facto Gatekeeper im Bereich frei erhältlichen Wissens bezeichnet werden (Lee 2016). Wer z. B. bei Wahlen oder in kommerziellen Kontexten nicht prominent in Google erscheint, ist so wenig präsent. Auch Facebook kann, ähnlich, als eine Art Medieninfrastruktur, als eine Plattform eingeschätzt werden, welche die Macht besitzt öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Verbreitung von sogenannten *Fake News*. Derartige Nachrichten erzielen oft eine höhere Aufmerksamkeit und

Reichweite als aufklärende Meldungen oder reale Nachrichten (Silvermann 2016). Schließlich etablieren sich, für den Nutzer weitgehend unsichtbar, Entscheidungssysteme, welche auf Algorithmen basieren und die immer weitere Lebensbereiche betreffen, etwa die Vergabe von Versicherungen oder Arbeitsplätzen (Monteith & Glenn 2016). Extensives Nutzertracking und die weite Verbreitung von Nutzungsdaten unterminieren die Souveränität des Nutzers über die Weitergabe eigener Daten. Es verschwimmen die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Daten. Dadurch werden beispielweise spezielle Gruppen, etwa Nutzer, welche sich über Online Dienste zu Gesundheitsthemen austauschen, besonders verwundbar (Monteith & Glenn 2016).

Trotz allem ist das Netz insgesamt betrachtet nach wie vor eine weitgehend offene Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Dabei versuchen vielfältige interessengeleitete Akteure Einfluss zu nehmen. Es gibt Tendenzen zu mehr Überwachung und auch die Medienlandschaft ändert sich. Zentrale Dienstleister im Bereich Information und Kommunikation nehmen in ihrem Bereich eine dominierende Stellung ein und determinieren im jeweiligen Segment in hohem Maße unsere informationellen und kommunikativen Möglichkeiten und Grenzen. Unser Online-Verhalten wird in vielfältiger Weise aufgezeichnet und analysiert. Die dabei erfassten Daten dienen im zunehmendem Maße als Wissensgrundlage, auf welcher automatische Systeme Entscheidungen treffen, die für uns weitgehend unsichtbar und intransparent sind.

Daraus lässt sich die erste These ableiten, welche die genannten Aspekte in Bezug auf diese Informationsumwelt, in der sich die Menschen bewegen (müssen), zusammenfasst.

These 1: Das Internet ist kein einfach zu erschließender und zu beherrschender Informationsraum, sondern vielmehr komplex, interessensteuert und, zumindest teilweise, intransparent.

These 1 scheint klar und intuitiv nachvollziehbar. Selbstverständlich ist das Internet komplex, interessensteuert und auch (zumindest teilweise) intransparent. Ein großes Problem dabei ist, dass sich viele Netznutzer entweder dieser Sachverhalte nicht bewusst sind oder diese in ihrem Informationsverhalten weitgehend ignorieren.

Suchmaschinenutzer geben sich i. d. R. schnell mit den Ergebnissen zufrieden (Lewandowski 2008) und investieren wenig Anstrengung in die Informationssuche. Suchanfragen sind eher kurz, typischerweise (in englischer Sprache) bis zu drei Termen umfassend, und auch einzelnen Suchsitzungen sind eher von geringer Dauer (mit einem Mittelwert unter einer Minute) (Fishkin 2017). Des Weiteren zeigt sich, dass sie anfällig für verhaltens- und wahrnehmungsbezogene Neigungen d. h. Verzerrungen sein können und beispielsweise Top-Treffer, spezifische Domains (z. B. die Wikipedia) (White 2016: 64–82) und Ergebnisse, welche die eigene Sicht unterstützen (Knobloch-Westerwick et al. 2015), präferieren. Einige Nutzer tendieren im Internet auch verstärkt zu einem menschenfeindlichen Kommunikationsverhalten. Im Phänomen »hate speech« zeigt sich ein Verhalten, das dahin zielt, anderen absichtlich Schaden zuzufügen. Laut einer repräsentativen Studie von Forsa (2016), sind bereits zwei Drittel der Netznutzer auf solche Online Beiträge gestoßen.

Die beste Option, den oben angedeuteten Problemen vorzubeugen, ist es auf Seiten der Nutzer informationskompetentes Verhalten zu stimulieren. Dies führt zur zweiten These.

These 2: Um in der komplexen Informationsumwelt des Internet informationell selbstbestimmt und erfolgreich zu agieren, benötigen wir in zunehmendem Maße Informationskompetenz.

These 2 ist an sich zunächst auch nicht fundamental neu. Der Ansatz Informationskompetenz zu befördern wird schon seit mehreren Jahrzehnten diskutiert (American Library Association 1989, 2015). Lernangebote liegen in vielfältiger Form vor, z. B. Primo (2017). Der Verfasser vermutet, dass nicht wenige Nutzer, insbesondere Studierende, schon einmal die Möglichkeit hatten an einer Informationskompetenz-Schulung teilzunehmen. Dennoch scheint es hier Verbesserungsbedarf zu geben. Denn nicht immer ist mangelndes Können das Problem, welches einem informationskompetenten Verhalten im Wege steht, sondern oft ein fehlendes Wollen. Schließlich ist das Internet eine Informationsumwelt, welche uns an einen schnellen und unmittelbaren, weitgehend anstrengungslosen Informationszugriff gewöhnt. Dabei besteht die Gefahr, dass wir langfristig unsere Anstrengungsbereitschaft vermindern und schließlich auch wichtige

Fähigkeiten verlieren, die für ein informationskompetentes Verhalten maßgeblich sind (Hart & Hart Frejd 2013).

Dies führt zur dritten These. Diese besagt zunächst, dass informationskompetentes Verhalten nicht nur vom individuellen Können, sondern mindestens ebenso sehr auch von dem Bewusstsein und der Bereitschaft sich informationskompetent zu verhalten abhängig ist. Das klingt an sich auch simpel, wird aber in einer Zeit, in der eine Suchanfrage von Google in weniger als einer Sekunde beantwortet werden kann und Nutzer ihr Smartphone durchschnittlich 85 Mal am Tag nutzen (Andrews et al. 2015) verschärft. Suchen wird eine Gewohnheit vergleichbar dem »Zähne putzen«, man tut es und denkt nicht weiter darüber nach. Die Gefahr dabei ist, dass sich oberflächliches Informationsverhalten automatisiert. These 3 kann als normativer Ausgangspunkt gesehen werden, um dieser Gefahr entgegenzusteuern.

These 3: Informationskompetentes Verhalten ist ebenso sehr von dem Bewusstsein und der Einstellung des Nutzers abhängig, wie von seinem Können. Deshalb sind Angebote zur Vermittlung von Informationskompetenz so zu gestalten, dass sie gezielt und nachdrücklich auf diese Aspekte hinweisen.

These drei ist sicher in grundsätzlicher Weise Diskursgegenstand, insbesondere auch in Hinblick auf die graduelle Umsetzung. Für informationskompetentes Verhalten sind sowohl das hierfür notwendige Können als auch eine hinreichende Motivation, dieses Können anzuwenden, erforderlich. Wie kann es gelingen beides zu stimulieren? Hierzu gibt es sicherlich derzeit keine einfache Antwort. Dennoch lassen sich hierzu erste Gedankengänge skizzieren, die für spezifische Lernangebote und auch weitere Kontexte als Ausgangspunkt von Überlegungen genutzt werden können.

Zum einen scheint es sinnvoll, den Nutzern das Auftreten typischer limitierender Verhaltensmuster, wie die Anstrengungsvermeidung oder kognitive Verzerrungen, wie den Bestätigungsfehler, deutlich zu machen, damit sie sich dessen zunächst einmal bewusst sind. Darauf aufsetzend kann, etwa über intrinsische oder extrinsische Mechanismen (z. B. mittels Sanktionen und Belohnungen und Einstellungsänderungen) versucht werden, die Nutzer dazu zu motivie-

ren, in wichtigen informationellen Kontexten die Informationskompetenz-»Extrameile« zu gehen, d. h. tatsächlich die Energie und Disziplin aufzubringen, die Internetsuche, über die ersten Klicks hinaus, ausdauernd fortzusetzen, bis der Informationsbedarf hinreichend begründet befriedigt ist. Wichtig ist es dabei, auch die Güte der Information zu hinterfragen.

Literatur

- American Library Association. »Presidential Committee on Information Literacy«, 1989. Website, <http://www.ala.org/ala/acrl/acrlpubs/whitepapers/presidential.cfm>
- American Library Association. »Framework for Information Literacy for Higher Education.« Chicago, IL: Association of College & Research Libraries, 2015. Website, <http://www.ala.org/acrl/standards/ilframework>
- Andrews, S., Ellis, D. A., Shaw, H., & Piwek, L. »Beyond self-report: tools to compare estimated and real-world smartphone use.« In: *PloS one*, 10(10), 2015, e0139004.
- Fishkin, R. »The State of Searcher Behaviour Revealed through 23 Remarkable Statistics.« 2017. Website, <https://moz.com/blog/state-of-searcher-behaviour-revealed>
- Forsa Institute. *Ethik im Netz: Hate Speech*. 2016. Website, http://www.lfm-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Service/Veranstaltungen_und_Preise/Medienversammlung/2016/EthikimNetz_Hate_Speech-PP.pdf
- Hart, A. D. & S. Hart Frejd. *The Digital Invasion: How Technology is Shaping You and Your Relationships*. Grand Rapids, MI: Baker Books 2013.
- Knobloch-Westerwick, S., B. K. Johnson & A. Westerwick. »Confirmation Bias in Online Searches: Impacts of Selective Exposure before an Election on Political Attitude Strength and Shifts.« In: *Journal of Computer-Mediated Communication*, 20(2), 2015, 171–87.
- Lee, Newton. »To Google or Not to Google.« In: *Google It: Total Information Awareness*. Ed. by N. Lee. New York: Springer, 2016, 3–52.
- Lewandowski, D. »Search Engine User Behaviour: How Can Users Be Guided to Quality Content?« In: *Information Services & Use*, 28(3–4), 2008, 261–68.

- Monteith, S. & T. Glenn. »Automated Decision-Making and Big Data: Concerns for People with Mental Illness.« In: *Current Psychiatry Reports*, 18(12), 2016, 112.
- Primo. »Peer-Reviewed Instructional Materials Online Database.« 2017. Website, <http://primodb.org>
- Serres, M. Thumbelina. *The Culture and Technology of Millennials*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield International, 2014.
- Shirky, C. *Here Comes Everybody. The Power of Organising without Organisations*. London: Penguin, 2008.
- Silverman, C. »This Analysis Shows How Viral Fake Election News Stories Outperformed Real News on Facebook«. In: buzzfeed.com, November 16th, 2016. Website, <https://www.buzzfeed.com/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook>
- White, R. W. *Interactions with Search Systems*. New York: Cambridge University Press, 2016.
- Williams, I. »China's Internet Crackdown Is Another Step toward ›Digital Totalitarian State«« In: NBC News, September 6th, 2017. Website, <https://www.nbcnews.com/news/china/china-s-internet-crackdown-another-step-toward-digital-totalitarian-state-n798001>

Spracherwerb Englisch

Ich frage mich oft, in meiner Rolle als Dozentin für das Lehramt, was es bedeutet, jemanden in das eigene Wissensgebiet mitzunehmen, in der Uni wie auch in der Schule, andere mitzunehmen auf dem Weg hin zu dem Wissen und den Kompetenzen, die die Dozenten oder das Curriculum vorgeben – und hoffentlich noch darüber hinaus.

In der Didaktik hat es dazu einen einschneidenden Paradigmenwechsel gegeben, vom so genannten *Instruktivismus* hin zum *Konstruktivismus* – oder mit einem amerikanischen Schlagwort: Vom »*sage on the stage*«, dem Gelehrten auf der Bühne, hin zum »*guide on the side*«, dem Anleiter zum Selbermachen.

Wir alle kennen diesen Unterricht, bei dem wir als Lernende das Wissen des »Gelehrten« vor der Klasse memorisieren, internalisieren und replizieren müssen – die Wissensvollmacht liegt hinter dem Pult. Wir alle kennen das dabei typische Unterrichtsgespräch aus Fragen und Antworten, die richtig oder falsch sind und die weiter nichts Eigenes erfordern.¹

Natürlich gibt es Phasen, in denen es sehr sinnvoll ist, das Wissen eines Experten in dieser Form weiterzugeben. Doch wir wissen heute auch, dass dies alleine große Potenziale brach liegen lässt.

Die neuere Hirnforschung, die ihren Weg in die Lerntheorien findet und untermauert, was Piaget und Vygotsky schon lange vorher propagierten, zeigt, welche Aktivitäten es sind, die das Gehirn stimulieren und das Lernen fördern: bedeutungsvolle Aktivitäten, die die Möglichkeit geben, uns über Dinge zu wundern, eigenständig über Probleme nachzudenken; dabei all un-



1 Zur Veranschaulichung vgl.: Video »Ferris macht blau«: www.youtube.com/watch?v=yUjhSBjxuXA Zur Veranschaulichung vgl.: Video »Ferris macht blau«: www.youtube.com/watch?v=yUjhSBjxuXA

sere bisherigen Erfahrungen einzubringen; und ein Erfolgserlebnis zu spüren, wenn es uns gelungen ist, das Problem zu lösen. All das regt das Gehirn an, lässt es umfassender und tiefer verarbeiten, lässt es länger speichern.²

Was macht dieses selbstentdeckende Lernen mit uns? Wir werden vom Empfänger von Informationen zum selbständigen Problem-

»We are filling this measuring tube up with 7 ml of orange/ lemon juice, and then we are putting it into a small tube with a lid, and the acid of the lemon juice and the baking powder produce gas, and then the tube explodes.«

Beispiel für selbstentdeckendes Lernen in der 4. Klasse einer bilingualen Schule

löser: gehen vom passiven Aufnehmen zum Sich-zu-eigen-Machen des Problems und seiner Lösung. Denn, auch das wissen wir aus der Forschung: Niemand, auch nicht die Intelligentesten unter uns, können das identisch übernehmen, was ein anderer uns vermeintlich »lehren« möchte – die Aufnahme von neuem Wissen ist unabdingbar abhängig von

unseren Erfahrungen, Ideen, Wahrnehmungen, unserer Aufmerksamkeit, unseren Talenten und Emotionen.

Wenn ich also heute Morgen über die Bedeutung von Wissen und Wissensaneignung spreche, so kann ich sicher sein, dass niemand von uns am Ende dieses Vortrags dasselbe Verständnis davon haben wird. Und das ist gut so. Denn auf diese Weise werden wir nicht davon entbunden, uns immer wieder neu auszutauschen, abzugleichen, und damit unser Wissen zu erweitern.

Auf diese Weise wird die Verantwortung für das Lernen und den Aufbau von Kompetenzen übertragen, vom Lehrenden auf den Lernenden. Und die Rolle von uns Lehrenden vom Vermittler von Informationen zu jemandem, der den selbstgeleiteten Lernprozess *ermöglicht, anleitet* und *begleitet*. Und diese Begleitung kann für verschiedene Lerner sehr verschieden aussehen – und zu verschiedenen Ergebnissen führen.

2 Bilingualer Sachunterricht (Klasse 4) an der Leinebergschule Göttingen (Teilimmersionsprogramm, ca 75% L2):<http://www.gs-leineberg.de/flycms/Schwerpunkt+Englisch/CDFZ0.html>

Bilingualer Sachunterricht (Klasse 4) an der Leinebergschule Göttingen (Teilimmersionsprogramm, ca 75% L2):<http://www.gs-leineberg.de/flycms/Schwerpunkt+Englisch/CDFZ0.html>

Und noch etwas bringt diese Wende mit sich. Es nimmt den anderen in seiner Ganzheit, seiner ganzen Persönlichkeit ernst, nimmt jeden Einzelnen wahr, egal mit welchen Voraussetzungen sie oder er kommt, mit all seinen Hintergründen, Lernstilen und Fähigkeiten, mit allen Potenzialen, die geweckt werden können – jeden auf seinem individuellen Weg und Entwicklungsstand.

Ein solches Bild geht eben nicht von der »Überformung« durch den Lehrenden aus – sondern von der persönlichen Entfaltung des Lernenden.

»Hier sitz' ich,
forme Menschen
nach meinem Bilde«
(J. W. v. Goethe:
Prometheus)

Der ehemalige CEO eines großen Unternehmens und jetzige Führungskoach Lance Secretan hat dies einmal die *Wende von der Motivation zur Inspiration* genannt:³

Wenn wir jemanden zu etwas motivieren wollen, dann wollen wir *unser eigenes* Ziel erreichen, das *wir ihm* gesetzt haben. Gelingt es uns jedoch, jemanden tatsächlich zu inspirieren, so macht sich der andere das Ziel zu eigen. Während Motivation das Mittel zum Zweck ist, so Secretan, berührt Inspiration den Geist, die Seele, den ganzen Menschen – der nachhaltigste Weg, so sagt er, jemanden bei seiner Entwicklung zu begleiten.

C Courage
A Authenticity
S Service
T Truth
L Love
E Effectivity
(*Lance Secretan*)

Dieses Anliegen erfordert jedoch auch, so der Autor weiter, ein verändertes Verständnis eines solchen »Begleiters«. Und er entwickelt sechs Prinzipien, die es untermauern, und die weit über den Kontext von Schule und Uni hinausreichen, hinein in alle Lebenskontexte: Die so genannten CASTLE Prinzipien: Courage, Authenticity, Service, Truth, Love, Effectivity.⁴

– Haben wir, als *Begleiter* eines Entwicklungsprozesses, der das Potenzial des ganzen Menschen einbezieht, auch den Mut, die Aufrichtigkeit und die Wahrhaftigkeit, uns selbst als Ganzes in den Lernprozess einzubringen, nicht nur mit unserem Wissen und Können, sondern auch mit unseren Fragen, Fehlbarkeiten, Verletz-

3 Lance Secretan, *Inspirational Leadership*, Alton, Ontario 2003.

4 *Inspire. What Great Leaders do*, Alton, Ontario 2004, 215.

lichkeiten und Emotionen? Wer hat nicht schon einmal erlebt, dass es die Begeisterung des Lehrenden für ein Thema war, oder das Zugeben, dass man selbst nicht alles weiß, das uns am meisten berührt?

- Wollen wir vor den anderen als die unfehlbaren Gelehrten dastehen, oder ein Beispiel dafür werden, dass Fehler zur Entwicklung dazugehören, dass Einsicht und Wieder-Aufstehen uns oft so viel weiterbringen können als Makellosigkeit?
- Haben wir wirklich den einzelnen jungen Menschen im Auge, wenn wir ein Thema planen; investieren wir Zeit in die Frage, mit welchen Aktivitäten wir inspirieren und autonomes, selbst-entdeckendes Lernen anleiten können; oder soll der Griff zu Lehrbuch und Referaten nur unser eigenes Überleben sichern?
- Natürlich ist auch dieses eigene Überleben Teil eines solchen Ansatzes; denn was *allen* am meisten dienen kann, bezieht natürlich auch uns selbst ein – »... und deinen Nächsten *wie dich selbst*« – ein Aspekt, der leider allzu oft vernachlässigt wird.
- Betrachten wir Jeden, inklusive uns selbst, mit einem wohlwollenden und barmherzigen Blick, egal wie sich sein Verhalten im Augenblick darstellt? Bringen wir das Interesse und die Geduld auf, nach dem Warum zu fragen, uns in das schwierige Gegenüber hineinzuversetzen, oder bleibt unser Blick bei uns selbst stehen, bei unserer Sorge, unserer Genervtheit und Überforderung?
- Und fragen wir uns schließlich, ob die Methoden, die wir vielleicht seit Jahren verwenden, wirklich effektiv sind, in der Entwicklungsförderung der uns Anbefohlenen? Verwenden wir sie, weil es für uns so am bequemsten ist, oder sehen wir uns selbst auf einer ständigen Suche nach unserer eigenen Entwicklung, gemeinsam mit allen anderen, um immer besser herauszufinden, was dem Prozess am meisten dienen kann?

Wenn am Ende unserer Arbeit auch nur ein junger Mensch die Erfahrung mitnimmt, die Lotta hier beschreibt, dann ist unsere Anstrengung nicht umsonst gewesen.

*»My highlight was actually
every single second in the school.
And, like, I also liked it in Kleinbernten,
where we were.
I will miss it, this atmosphere,
feeling confident in the class,
and safe.«*

(Lotta, 10 Jahre: Interview am Ende der bilingualen
Grundschule an der Leinebergschule in Göttingen)

Vielen Dank.

Meike Sophia Baader

Reformation heute? Thesen zu Reformbedarfen

Die Fokusse meiner Vorschläge für dringenden Wandel liegen in den vier Bereichen »Care-Revolution«, »Bildung«, »Bildung, Hochschule und Wissenschaft« sowie »politische Bildung«. Ich beziehe mich damit nicht nur auf ein Thema, sondern auf mehrere, bei denen ich einen dringenden Veränderungs- bzw. Handlungsbedarf sehe. Vor diesem Hintergrund werden acht Thesen und Impulse benannt.

1. Care Revolution und Ethik der (Für)Sorge

Mit dem Akzent auf Care-Revolution ist mehr und Weitergehendes gemeint als Prozesse der Reform. Es bedarf eines grundlegenden Wandels in pflegenden, erzieherischen, sorgenden und fürsorgenden Bereichen, so dass es m. E. hier eher um eine notwendige und grundsätzliche Revolution geht als um sukzessive Schritte der Reform. In diesem Zusammenhang lässt sich auch von »Ethics of Care« oder Ethiken der Sorge als zivilgesellschaftliche Aufgabe sprechen, wie die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Joan Tronto dies nennt, die einen Zusammenhang von Care und Demokratie herstellt und von Caring Democracy spricht (Tronto 2005). Im Kern dreht es sich dabei um die Frage, wie eine gute, wertschätzende und bedürfnisorientierte Organisation des gesamten und weitgefassten Pflegebereichs – unter dem Aspekt des guten Lebens – aussehen kann. Ein weit verstandener Sorgebegriff umfasst nicht nur Fragen der Pflege, sondern auch der Sorge und der Fürsorge. Tätigkeiten und Berufe im Sorgebereich – von der Erzieherin über die Pflegerin – sind oft schlecht bezahlte Frauenberufe. Dies hat mit historischen Pfadabhängigkeiten zu tun, wonach diese Berufe in der Geschichte als dem weiblichen Geschlecht angemessen und als auf natürlicher (Nächsten)Liebe basierend betrachtet wurden und damit eher im sogenannten semiprofessionellen Bereich angesiedelt waren. Eine zeitgemäße Care-Ethik muss diese

von der Zuständigkeit und Verantwortung eines Geschlechtes ablösen, so Tronto (Tronto 2005; 2009). Die Soziologin Gabriele Winker hat 2015 ein Buch mit dem Titel »Care Revolution« verfasst, das den Untertitel »Schritte in eine solidarische Gesellschaft« trägt. Dabei plädiert sie für einen Perspektivwechsel, der nicht »Profitmaximierung, sondern menschliche Bedürfnisse und insbesondere die Sorge umeinander ins Zentrum« stellt (Winker 2015, Klappentext). Formen von Solidarität in einer individualisierten und sozial auseinanderdriftenden Gesellschaft, die in den Feuilletons gerne als »Ego-Gesellschaft« beschrieben wird, zu entwickeln und dies als gemeinsame Aufgabe etwa der Politischen Bildung zu verstehen, scheint mir eine weitere wichtige Perspektive.

2. Wie wollen wir solidarisch zusammen leben?

Wir müssen uns – im Großen und im Kleinen – viel häufiger und in vielen Kontexten, die Frage stellen, wie wir solidarisch zusammenleben und zusammen arbeiten wollen. Diesbezügliche Bestrebungen finden sich beispielsweise im sogenannten »Konvivialistischen Manifest«, das für »eine neue Kunst des Zusammenlebens« plädiert und diesbezügliche Vorschläge macht (Adloff/Leggewie 2014). Das internationale Manifest ist durchaus auch kritisiert worden, liefert aber Impulse dafür, die Frage nach guten Formen des Zusammenlebens auf den verschiedensten Ebenen zu stellen. Aus meiner Sicht ist der Umgang mit Diversität, dem Anderen und Fremden, Teil der Frage nach einem guten Zusammenleben. Dies wird uns in den nächsten Jahren mit Sicherheit weiter beschäftigen. Migration und Fluchtverhältnisse werfen diese Fragen in einer grundsätzlichen Weise auf.

3. Bildungsrevolution

Wir brauchen aber nicht nur eine Care-Revolution in Deutschland, sondern auch eine Bildungsrevolution. Deutschland ist ein reiches Land, aber seine Bildungsausgaben rangieren unter dem OECD-Durchschnitt (BMBF 2017). Care und Bildung liegen für mich eng ne-

beneinander, dies bezieht sich zum einen auf die Wertschätzung und Anerkennung von Personen und Tätigkeiten im Care- und Bildungsbereich und zum anderen auf finanzielle Investitionen.

4. Bildung und Hochschule in einer Welt der Diversität

An den Hochschulen in der Bundesrepublik brauchen wir bessere Betreuungsrelationen, also ein besseres Zahlenverhältnis von Lehrenden und Studierenden. Auch diesbezüglich steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich nicht gut da (Roche 2014). Wir haben einen Trend zur Öffnung von Hochschule, auch an Hochschulen nimmt die Diversität zu. Hochschulen, wie etwa die Universität Hildesheim, fühlen sich der Diversität auf allen Ebenen verpflichtet und integrieren dies in ihr Leitbild. Gerade aber die wachsende Diversität der Studierenden bedarf besserer Betreuungsrelationen, um eine gute forschungsbasierte Lehre leisten zu können. Insbesondere angesichts wachsender Diversität, etwa vor dem Hintergrund unterschiedlicher sprachlicher Voraussetzungen und Vorbildungen, sind bessere Betreuungsrelationen für eine gute Lehre und ein gutes Studium, aber perspektivisch auch für eine gute Forschung unerlässlich.

5. Universitäten als Orte der Faktenprüfung, begründeter Argumentation und der Kultur des Dialogs

Universitäten müssen sich selbst stärker als Lernorte der rationalen Auseinandersetzung, des Argumentierens und Zuhörens, der Faktenprüfung und der Kritik entwerfen. In Zeiten populistischer Bewegungen, von Hate Speech und Fake News sowie der zunehmenden Aggression gegenüber Wissenschaft müssen sie sich offensiv als Plattformen des Einübens in eine Kultur des Argumentierens und des Dialogs verstehen. Wissenschaftsfreiheit, insbesondere auch von zunehmend angegriffenen Wissenschaftsdisziplinen und -richtungen, wie etwa der Geschlechterforschung oder auch der Erinnerungskultur, muss verteidigt werden.

6. Wissenschaft und Universität als Orte der Bildung und der kritischen Auseinandersetzung

Zunehmende Orientierung an Credit Points und Benotung, an Dienstleistungsorientierung und an Employability im universitären Studium führen weg von intrinsischer Motivation, von der Entwicklung von eigenen Interessen und von einer Orientierung daran, sich mutig seines eigenen Verstandes zu bedienen: »sapere aude«! Auch an den Hochschulen müssen wir uns fragen, welche Form der Hochschule wir wollen. Wenn wir zukunftsfähig bleiben wollen, dann müssen wir profunde, selbstgeleitete und intrinsische Interessen stärken und diejenigen Perspektiven fördern und in den Mittelpunkt stellen, die Zusammenhänge sichtbar machen und Fragen und Verstehen ermöglichen. Diesbezüglich sind auch neue Lernformate zu entwickeln und ältere, wie etwa das Studium Generale, in ihren Potentialen neu auszuloten. Zusammenhänge zu verstehen und vor diesem Hintergrund Differenzen benennen zu können, Fragen zu stellen und Positionen zu entwickeln und zu begründen, dies bedeutet im besten Sinne »Bildung«.

7. Hochschule und Wissenschaft muss für junge Menschen als Berufsfeld attraktiv bleiben

Arbeitsbedingungen an Hochschule und Wissenschaft müssen attraktiver gestaltet werden. Dazu gehört auch, das veraltete und verkrustete Machtgefälle zwischen Professor*innen und dem sogenannten Mittelbau an deutschen Hochschulen abzubauen. Im internationalen Vergleich ist das »Machtgefälle an deutschen Hochschulen so steil wie nirgendwo sonst« (Munzinger 2017). Es folgt in transgenerationaler Perspektive häufig der Logik der Bewährung und orientiert sich dabei für die nächste Generation am eigenen Karriereweg, dem Motto folgend: »Wenn ich es schwer hatte, warum sollt ihr es leichter haben?«

8. Politische Bildung

Angesichts von Demokratiemüdigkeit und populistischen Bewegungen bedarf es einer neuen Aufstellung und grundlegenden Neuorientierung und Gewichtung der politischen Bildung, die in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurde.

Literatur

Adloff, Frank/Leggewie, Claus: Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens. Bielefeld 2014.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren. Berlin 2017.

Munzinger, Paul: Einsame Spitze. Oben der Professor. Unten alle anderen. Das Machtgefälle an deutschen Universitäten ist so steil, wie nirgendwo sonst. Süddeutsche Zeitung, 27. November 2017, S. 14.

Roche, Mark: Was die deutschen Universitäten von den amerikanischen lernen können und was sie vermeiden sollten. Hamburg 2014.

Tronto, Joan: Care as the Work of Citizens. A Modest Proposal. In: Friedman, Marylin (ed.): Woman and Citizenship. New York 2005.

Tronto, Joan: Moral boundaries. A political argument for an ethic of care. New York 2009.

Winker, Gabriele: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld 2015.

Universitätsreformierungen – 39 Thesen

Die Beständigkeit des Wandels

1 Veränderungen in der Fächerstruktur der Wissenschaften (und also Universitäten) sind ubiquitär – und unvermeidlich. Deswegen ist die Ambition, sie zu beeinflussen, mindestens zu nutzen, sinnvoller als der aussichtslose Versuch, sie verhindern zu wollen.

2 Die Psychologie steht vor einer solchen, sogar erheblichen, Veränderung. Durch die beabsichtigte und bevorstehende Etablierung eines durch einen eigenständigen Studiengang repräsentierten Berufsbildes als Psychotherapeut/in wird sich das von der Mehrheit der Vertreter_innen als einheitlich erlebte Fach endgültig in verschiedene Fächer verzweigen. Gewiss wird es bei zweien nicht bleiben.

3 Tatsächlich ist die Psychologie, seit langem schon, ein großes Themenfeld. Es ist illusorisch, seit langem schon, es in einem Studium überblicken lernen zu wollen. Zur Auswahl, und also zur Entscheidung, gibt es keine Alternative. Diese Entscheidung wird in anderen Feldern (Berufswahlen, Lebensentscheidungen) auch zugemutet. Sie ist eine Entscheidung mit individuellem Risiko, wie alle Entscheidungen. Der Gewinn der Spezialisierung kann, Engagement vorausgesetzt, tiefere Einsicht sein.

4 Obwohl es Menschen gibt, die die Aussicht der fachlichen Verzweigung als bedrohlich empfinden, hat diese Entwicklungsperspektive mehr Chancen als Gefahren. Der Physik hat es genutzt, dass sie zahllose Ausgliederungen und Zellteilungen erlebt hat: Toningenieure, Brückeningenieure, Heizungsbauer, Elektriker – sie alle sind Physiker. Physik ist dennoch ein von diesen Anwendungen unabhängiges Hochschulstudium mit höchsten Ansprüchen geblieben. Vielleicht gerade deshalb.

5 Die Diversifizierung der Wissenschaft kann ihre Vielfalt erhöhen. Sie wäre das einzige verlässliche Rezept gegen die Gefahren einer unvorhersehbaren Zukunft.

6 Dies ist kein Argument dagegen, nach Überblick und übergreifenden Zusammenhängen zu suchen. Leider haben Generalisten und andere Hybride derzeit ein schlechtes Image, ebenso wie Amateure (Liebhaber). In einer Zeit, die Experten hofiert, haben es nicht nur Ignoranten schwer, sondern auch Nichtfestgelegte. Es besteht wenig Hoffnung, dass sich dies ändert.

Allgemeine Standards?

7 Mit der Diversifizierung geht nicht nur die Gefahr der Separierung einher, sondern auch der Diversifizierung der Qualitätskriterien, der Standards. Der Verweis auf jeweilige fachliche Standards (»Fachkultur«) wird häufig mit einem Einwand gegen allgemeine Standards verwechselt – obwohl Fachkulturen das Problem sind, nicht die Antwort.

8 Obwohl es nicht einfach ist, *allgemeine* Standards zu formulieren, ist der Unterschied zwischen guter und weniger guter Wissenschaft eigentlich (oft) nicht schwer zu erkennen; mindestens einigen Forderungen wird man schwerlich ausweichen können.

9 Das betrifft nicht zuletzt die Replizierbarkeit von Befunden, die auch die Verfügbarkeit der Daten, vor allem aber eine breitere Anerkennung von direkten und konzeptuellen Replikationen erfordert.

10 Auch die Psychologie hat das zu lange vernachlässigt, sich nun aber verändert: Journalkulturen, Forschungsstrategien, Vor-Registrierung – das Fach hat aus der »Replikationskrise« schnell gelernt. Manches daran war tatsächlich vorbildlich.

11 Die Psychologie hat Fälscher und andere Betrüger in ihren Reihen – wie alle anderen Fächer. Die Psychologie hat mehr davon entdeckt als andere Fächer: Das ist ein gutes Zeichen.

Geistiges Eigentum?

12 Die Replikationskrise, die Forderung nach Datentransparenz, auch die Entdeckung von Fälschungen und Plagiaten hat aber nicht nur je spezifische Reaktionen hervorgerufen, sondern auch grundsätzliche Fragen aufgeworfen: zum Beispiel die nach geistigem Eigentum.

13 Es ist zu befürchten, dass die Psychologie, die Wissenschaften allgemein, auch die Öffentlichkeit die Gelegenheit nicht nutzen werden, dieses seltsame Konzept ernsthaft zu diskutieren. Das ist schade, denn es würde sich zeigen, dass es schwer ist, es gut zu begründen.

14 In der Folge wird private Forschungsförderung (außerhalb des Mäzenatentums) nicht nur weiterbestehen, sondern zunehmen: Solange es Patente gibt, gibt es wirtschaftliches Interesse an privater Erkenntnis. Schade: die Alternative würde allen nutzen.

Konkurrenz als Chance

15 Über die Replizierbarkeit hinaus steht die Psychologie – wie die Wissenschaft und die Universität insgesamt – vor der Daueraufgabe der Qualitätssicherung, in der Lehre wie in der Forschung.

16 Jeder Versuch, sich auf einen kleinen Kanon von Kriterien festzulegen, wird auch daran scheitern, dass er ein spezifisches Wettrüsten auslöst, das diese Kriterien selbst dann korrumpiert, wenn ihnen eigentlich eine gute Idee zugrunde lag. Zitationsindizes sind ein Beispiel dafür, Drittmittel- und Promotionsquoten andere.

17 Die Alternative wäre es, aus einem sehr großen Kanon von je zu spezifischen Kriterien in relativ kurzen Taktungen eine Zufallsauswahl zu treffen. Es besteht wenig Hoffnung, dass dies so kommen wird. Aus geheimnisvollen Gründen ist Menschen Vorhersehbarkeit und eigener Erfolg wichtiger als allgemeine Wohlfahrt.

18 Eine andere Alternative wäre es, nicht nur individuellen, sondern auch kollektiven Erfolg zu messen: erst die Gruppenselektion hat dem Altruismus eine Chance gegeben. (Plötzlich läge es im Einzelinteresse, dass alle Gruppenmitglieder *besser* sind als man selbst.) Es besteht wenig Hoffnung, dass dies intentional eingeführt wird. Abgesehen von der verführerischen Macht der Eitelkeit: Menschen handeln selten auf der Basis von Argumenten.

19 Vielleicht fürchten Menschen Konkurrenz auch deswegen – leider auch an Universitäten. Das ist schade denn Konkurrenz kann vor allem dann produktiv sein, wenn sie begrüßt wird, weniger vermutlich, wenn sie Angst macht. Das deutsche Universitätssystem, Universitätslehrende als Staatsdiener sorglos zu stellen, hätte der Versuch sein können, individuelle Angst, egoistischen Ehrgeiz und andere Hindernisse für wissenschaftlichen Fortschritt durch Konkurrenz zu beseitigen. Leider haben sich individuelle Angst, egoistischer Ehrgeiz und andere Hindernisse auch dieses Systems bemächtigt. Das hat es offenbar nicht konkurrenzfähiger gemacht.

20 Es fällt anscheinend schwer einzusehen, dass Konkurrenz gut sein kann, auch wenn sie meine Schwächen und Fehler offenlegt, es fällt schwer einzusehen, dass wir wollen sollten, dass die Besten tun, was getan werden muss – auch wenn ich der Beste nicht bin.

21 Und es fällt offenbar schwer einzusehen, dass die Konkurrenz der Ideen nichts mit der Konkurrenz zwischen Personen zu tun haben muss.

22 Es besteht daher auch wenig Hoffnung, dass wissenschaftliche Diskussionskultur an die Universitäten zurückkehrt. Die Idee, dass man eine zufällig ausgewählte Position leidenschaftlich verteidigt, die Idee, dass man die andere Theorie, Prämisse, Methode »falsch« nennt (und nicht nur »anders«), die Idee, dass Wahrheit die konstitutive, mindestens die regulative Idee für Wissenschaft ist, und dass alle Zugänge darum konkurrieren, sie sichtbar zu machen – all dies findet kaum mehr Proponenten (nicht einmal zufällig ausgewählte).

23 Es besteht wenig Hoffnung, dass unbefangene Begrüßung von Konkurrenz sich durchsetzt. Der Falsifikationismus als Lebenshaltung scheint kein attraktives Modell zu sein. Er ist schon in der Wissenschaftspraxis schwer durchzuhalten.

24 Es besteht wenig Hoffnung, dass Demut in absehbarer Zeit den ihr zustehenden Status als konkurrenzfördernde Tugend gewinnen wird. Zu verführerisch sind die Alternativen.

25 Zu ihnen gehört auch eine inflationäre Forderung nach Wertschätzung. Diese Forderung kann auch dann inflationär sein, wenn sie sich scheinbar auf die Wertschätzung anderer richtet. Aber nicht jeder, der klüger ist als ich, ist deswegen schon ein Genie.

26 Letztlich ändert das nichts: Konkurrenz ist unvermeidlich (Diversität, die Pluralität von Standards – all dies trägt zu ihr bei). Für die Welt der Wissenschaften gilt wie für jede andere Evolution: Die individuelle Haltung zur Konkurrenz ist optional, die Unterwerfung unter die Selektion nicht: Die Ressourcen bleiben immer hinter den Ambitionen zurück.

Bildung und Ausbildung

27 Zu dem permanenten Wandel der Wissenschaft gehört auch der permanente Wandel der (Aus-)Bildungssysteme. Wachsende Qualifikationsanforderungen, veränderte Berufsbilder – der Wandel wird das Bestimmende bleiben, vielleicht schneller werden. Die Chancen, die darin liegen, könnten besser genutzt werden.

28 So könnte man, statt die Aufwertung der Fachhochschulen (Promotionsrecht) und anderer Berufsausbildungsformen – oder die vermeintliche Abwertung von Universitäten – zu beklagen, die Chance nutzen, sachliche Differenzen anstelle von Statusdifferenzen zu schärfen. Nicht Institutionen, nicht Personen, sondern einzelne Studiengänge, einzelne Arbeiten wären sachlich einzuordnen (auch Qualifikationen: Dr. wiss. und Dr. prax., Promotionsrecht für Fakultäten statt

für ganze Hochschulen), anstatt förmlich arbiträre und anachronistische disziplinäre Formen oder Institutionen voneinander zu trennen.

29 Es besteht kaum Hoffnung, dass diese Chance erkannt, geschweige denn genutzt wird; zu vielen Menschen liegt zu viel an Status.

30 Die Veränderung von Bildungssystemen böte die Gelegenheit, über sie nachzudenken. Beispielsweise darf die Pflicht und die Notwendigkeit, mehr Menschen Zugang zu Ausbildungschancen zu geben, nicht mit der Forderung verwechselt werden, mehr Menschen allgemein zu bilden. Beide Forderungen erfordern jeweils eigene, und verschiedene, Begründungen.

31 Insbesondere darf die Notwendigkeit, mehr Menschen Zugang zu Ausbildungschancen zu verschaffen, nicht mit der These verwechselt werden, nur äußere Rahmenbedingungen erklären die Bildungsunterschiede zwischen Menschen. Diese These wäre sehr unplausibel. Auch wenn das Bemühen um mehr Ausbildungschancen für mehr Menschen erfolgreich sein sollte, bleiben interindividuell variierende Grenzen der Bildbarkeit.

32 Umso drängender wird die Frage nach einem von Bildung unabhängigen Lebenssinn. Die Universität kann – und also: darf – darauf keine Antwort geben, aber die Frage ist auch für sie bedeutsam.

Wertfreiheit und Moralität der Wissenschaft

33 Obwohl sie nicht geringgeschätzt wird, ist die Gefahr, die von der zunehmenden Verregelung und dem wachsenden Selbstverwaltungsanteil der akademischen Arbeit für Leidenschaft und Hingabe zur Wissenschaft ausgeht, möglicherweise noch immer unterschätzt. Vielleicht auch deswegen, weil die Bedeutung von leidenschaftlicher Hingabe unterschätzt wird. Sie passt gedanklich nicht gut in eine Welt, die work-life-balance für erstrebenswert hält, und also diese Differenz für sinnvoll. Auch diese Frage kann Wissenschaft nicht beantworten, obwohl sie für sie bedeutsam ist.

34 Der Versuch, solche Fragen dennoch innerwissenschaftlich zu diskutieren, ist nicht ohne Risiko. Die Universitäten sind ernstlich in der Gefahr, darüber ihren Seinsgrund (ratio essendi) aus den Augen zu verlieren: Erkenntnis zu erringen und zu vermitteln.

35 Je mehr sie andere, außerwissenschaftliche Ziele verfolgen (Geschlechtergerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Demokratieförderung, Integrationsförderung, um nur einige zu nennen), desto mehr gefährden sie diese ihre eigentliche Funktion. So verständlich die Sehnsucht nach persönlicher Planungssicherheit, nach zureichendem Lebensstandard, nach Zufriedenheit und Frieden auch ist – ihre Erfüllung ist nicht die Aufgabe der Universität (obwohl die Erfüllung ihrer Aufgabe auch diesen Zielen zugutekommen darf – und vermutlich wird). Es kann wahr sein, dass solche Ziele möglicherweise wichtige Mittel sind, ihren eigentlichen Zweck zu erreichen: Menschen ohne Angst denken freier, und vielleicht klüger. Aber es ist unerlässlich, das eigentliche Ziel – und die Relation von Ziel und Mittel – nicht aus den Augen zu verlieren.

36 Wichtig und nötig wäre mindestens, die Differenz zwischen Sein und Sollen wieder sorgfältiger zu beachten. Klarheit darüber wäre ein guter Anfang, die Einsicht, dass beide verschiedene Begründungen voraussetzen und erfordern, ein schöner zweiter Schritt.

37 Es besteht kaum Hoffnung, dass diese Haltung geteilt wird, nicht einmal in der Universität. Die Welt nur zur Kenntnis zu nehmen, fällt Menschen anscheinend schwer, sogar in der Wissenschaft.

38 Zugleich aber sind die in Universitäten handelnden Menschen an die kategorischen Forderungen der Moral gebunden, vor allem an ihre wichtigste: Gerechtigkeit.

39 Vielleicht ist in dieser Idee all das gebündelt, was in den vorangehenden Thesen angesprochen worden ist.

Für eine Reform der Verfassten Studierendenschaft

In meinem Statement geht es um benötigte Reformen innerhalb der Verfassten Studierendenschaft. Unter der Studierendenschaft versteht man die Gesamtheit aller Studierenden an einer Hochschule. Unter der Verfassten Studierendenschaft werden hingegen die studentischen Gremien AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss), StuPa (Studierendenparlament), FSV (Fachschaftsvertretungen) sowie die vom StuPa anerkannten Initiativen verstanden. Die Verfasste Studierendenschaft vertritt ihre Mitglieder und erhebt, gemäß dem niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG), Beiträge von ihren Mitgliedern.¹ Dabei befinden sich die Studierenden jedoch in einer Zwangsmitgliedschaft.² Dadurch haben sie keine Wahl, ob sie der Studierendenschaft angehören wollen oder nicht. Sie müssen auf jeden Fall den sogenannten Studierendenschaftsbeitrag³ bezahlen. Bezahlen sie diesen nicht, droht die Exmatrikulation. Die Studierendenschaften feiern zwar kein 500-jähriges Jubiläum, aber am 09. November diesen Jahres immerhin ein 50-jähriges Jubiläum, denn an diesem Datum im Jahre 1967 entrollten zwei Studenten an der Hamburger Universität ein Transparenz mit der Aufschrift: »Unter den Talaren, der Staub von 1000 Jahren«. Dieses war nicht nur ein Grundstein der 68-er Bewegung. Vielmehr begann damit der Wandel an den deutschen Hochschulen in Bezug auf die Partizipation der Studierenden, wodurch in (fast) jedem Hochschulgremium Studierende vertreten sind, vom Prüfungsausschuss bis hin zum Stiftungsrat.

Als mögliche Reformschwerpunkte für die Verfasste Studierendenschaft und hierbei speziell für den AStA und das StuPa habe ich folgende Aspekte ausgewählt: 1. Wissensmanagement, 2. Professio-

1 Vgl. § 20 NHG.

2 Vgl. Volker Epping, Niedersächsisches Hochschulgesetz mit Hochschulzulassungsgesetz, Baden-Baden 2016, S. 577–582.

3 Dieser beträgt an der Universität Hildesheim 12,50 € pro Semester.

nalisierung und 3. Feedbackkultur. Was darunter zu verstehen ist, werde ich im Folgenden weiter ausformulieren. Dabei werde ich zuerst Probleme aufzeigen und dann mögliche Verbesserungsmöglichkeiten vorstellen.

Ich beginne mit meinem ersten Punkt, dem Wissensmanagement. In der Wirtschaft heißt es, dass es teuer ist, Wissen bei Mitarbeitern aufzubauen. Diese Kosten können sich jedoch bei einer langen Beschäftigung des Mitarbeiters amortisieren. Im AStA engagieren sich ehrenamtliche Mitglieder, die eine »kleine« Aufwandsentschädigung⁴ (AE) erhalten. AStA-Mitglieder sind in der Regel für ein Jahr gewählt. Der Großteil von ihnen kandidiert nach dieser Amtszeit nicht erneut beziehungsweise wird eventuell nicht wiedergewählt. Wenige AStA-Mitglieder stehen der Studierendenschaft für zwei, drei oder mehr Jahre zur Verfügung. Dadurch geht aufgebautes Wissen schon nach kurzer Zeit wieder verloren. Neue Mitglieder müssen dieses Wissen erst neu erwerben. Mit der Konstituierung eines neuen AStA kommen neue Mitglieder in das Gremium und die Effektivität reduziert sich erst einmal aufgrund des verloren gegangenen Wissens. Selbst wenn eine Einarbeitung durch ehemalige AStA-Mitglieder erfolgt, ist diese zum Teil nur oberflächlich, was ebenfalls mit Wissensverlust verbunden ist. Meist gibt es keine schriftliche Speicherung des Wissens. Auch die Protokolle des AStA lassen ein Nachvollziehen der Arbeit der Vorgänger schwer zu, da trotz einer Vielzahl an Versuchen der Vereinheitlichung eine große Heterogenität in Bezug auf Art und Umfang der Protokolle existiert.

Eine mögliche Lösung des Wissensverlustes fängt grundlegend damit an, dass Studierende sich bereiterklären müssten, sich über einen längeren Zeitraum, also in der Regel für mehr als ein Jahr, für die Verfasste Studierendenschaft zu engagieren und sich in die breit gefächerte Materie und insbesondere in die zu beachtenden rechtlichen Grundlagen einzuarbeiten. Gleichzeitig muss speziell für den AStA versucht werden, fähige AStA-Mitglieder so zu motivieren, dass sie auch längerfristig im AStA bleiben wollen. Ebenfalls

4 Die Aufwandsentschädigung für AStA-Mitglieder beträgt aktuell monatlich 125 € für Beauftragtenstellen und 250 € für Referate. Eine genaue Differenzierung dieser beiden Stellen-Typen existiert nicht.

muss die Qualität der Protokolle erhöht und eine Möglichkeit geschaffen werden, wichtige Informationen wie über eine Sitzung hinausgehende Beschlüsse zu dokumentieren und auch für nachfolgende ASten zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Teilung von Informationen aus den unterschiedlichen Hochschulgremien, wie z. B. den Fachbereichsräten oder dem Senat, sollte verstärkt erfolgen. Dieses beinhaltet u. a., dass die studentischen Vertreter_innen relevante Informationen kommunizieren, sodass sich zum Beispiel das StuPa positionieren und der AStA ggf. damit befassen kann.

Mein zweiter Punkt ist die Professionalisierung, die schon in der Darlegung meines ersten Punktes herauszuhören war. Denn AStA-Mitglieder erhalten von den studentischen Vertretern an dieser Hochschule den größten Anteil an AE's. Momentan werden pro Monat AStA-AEs in Höhe zwischen insgesamt 3.000 € und 5.000 € ausbezahlt. Die Anzahl der AStA-Mitglieder steigt von Jahr zu Jahr an und liegt seit drei Jahren bei circa 20 Personen. Dabei wird aber nicht reflektiert, welche Stellen wirklich benötigt werden und welche Ziele dabei verfolgt werden sollen. Gleichzeitig gibt es immer AStA-Mitglieder, bei denen ein eigenständiges Arbeiten, wie es von emanzipierten Studierenden erwartet werden kann, nur wenig stattfindet. Ein Beispiel hierfür ist die eigenständige Einarbeitung in die zu beachtenden gesetzlichen Vorgaben sowie in hochschulinterne Ordnungen und Richtlinien. Dazu gehört auch das selbstständige Nachfragen bei offenen Fragen.

Ebenfalls wird öfter erwähnt, dass die Sozialkompetenz über der Fachkompetenz stehen soll. Es ist nachvollziehbar, dass bei der Arbeit in einer Gruppe ein jedes Mitglied teamfähig sein sollte. Des Weiteren müssen die Mitglieder, die im Rahmen ihrer Arbeit viel Kontakt mit Personen insbesondere außerhalb des AStA haben, in besonderem Maße über Sozialkompetenz verfügen. Die Sozialkompetenz kann jedoch nicht die einzige Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im AStA sein. Was nützt eine Gruppe netter Menschen, wenn diese fachlich nicht in der Lage sind, sich für die Belange der Studierenden einzusetzen?

Allgemein werden nur selten langfristige Ziele für die Gremien gesetzt. Aber erst Ziele geben einer gemeinsamen Arbeit einen gemeinsamen verbindlichen Rahmen. Nur vereinzelt finden Kooperationen

zwischen mehreren AStA-Stellen statt. Daher sollte sich das StuPa um ein transparentes nachhaltiges AStA-Konzept bemühen. Bei der Besetzung der AStA-Stellen sollte der Fokus in erster Linie auf der intrinsischen Motivation und auf den eigenen Zielen für die Amtszeit liegen. Außerdem sollte nicht nur auf Sozialkompetenz und Sympathie oder persönliche Bekanntschaften, sondern vielmehr auf Fachkompetenz geachtet werden. Eine inhaltliche Einarbeitung von neuen AStA-Mitgliedern sollte intensiver geschehen und wichtige Punkte sollten auch schriftlich als Grundlage für späteres Arbeiten festgehalten werden. Das StuPa sollte einer entsprechenden Kontrolle des AStA, wie es die Aufgabe der Legislativen gegenüber der Exekutiven ist, nachgehen und sowohl sich selber als auch den AStA dazu anhalten, sich bereits zu Beginn der Amtszeit Ziele zu setzen. Anhand dieser Ziele kann am Ende der Amtszeit geschaut werden, ob die Amtszeit im Sinne der angestrebten und tatsächlich erreichten Ziele erfolgreich war.

Schließlich möchte ich noch auf meinen dritten und letzten Punkt eingehen: die Feedbackkultur. Nun ist es leider so, dass die Studierenden der Universität Hildesheim wenig Interesse an der Hochschulpolitik haben, wie es sich immer wieder anhand einer geringen Wahlbeteiligung und einer geringen Anzahl an Kandidierenden bei Hochschulgremienwahlen zeigt. Dadurch ist die Menge der Studierenden, die sich in der Verfassten Studierendenschaft engagieren, nur auf eine geringe Anzahl von Personen beschränkt. Diese wirken nach eigenem Empfinden und beziehen die Meinungen der Studierenden nur selten ein. Daher ist es wichtig, eine Teilhabe aller Studierenden der Hochschule zu ermöglichen. Leider wird dies von AStA und StuPa nur im Geringen angestrebt und umgesetzt. Informationen aus dem AStA und dem StuPa werden nur selten an die Studierenden veröffentlicht und aktiv weitergetragen. Besonders Studierende, die nicht in die Facebook-Seite des AStAs »geliked« haben, gelangen nur schwer an relevante Informationen und Stellenausschreibungen des AStA und des StuPa. Allein dadurch wird der Personenkreis von Studierenden, die sich für die Verfasste Studierendenschaft engagieren, von vorne herein eingeschränkt. Hieran sieht man ein Transparenzproblem, wie es auch in vielen Bereichen der »großen Politik« besteht.

In einigen wenigen Bundesländern wurden in den Hochschul-

gesetzten Regelungen eingeführt, die es den Studierenden ermöglichen, selbst über ihre Mitgliedschaft in der Studierendenschaft zu entscheiden⁵ und die Möglichkeit eröffnet, eine regelmäßige externe Kontrolle der Studierendenschaft einzusetzen.⁶ Daraus würde, wenn diese Regelungen in das NHG aufgenommen würden, eine neue Art des Feedbacks für die Verfasste Studierendenschaft entstehen. Denn wenn viele Studierenden ihre Mitgliedschaft beenden, stehen der Verfassten Studierendenschaft auch weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, da weniger Studierende Studierendenschaftsbeiträge bezahlen. Die Verantwortlichen müssten so auf jeden Fall (endlich) reflektieren, wie sie die Studierenden halten und deren Ansprüchen gerecht werden können. Ebenfalls könnten regelmäßige finanzielle Kontrollen durch zum Beispiel den Landesrechnungshof stattfinden. Dadurch würde eine Begutachtung der Einnahmen und Ausgaben und insbesondere der Aufwendungen für Projekte stattfinden, und die Studierendenschaft würde so ein externes Feedback bekommen. Bei weitreichenden Fehlern könnte die Rechtsaufsicht mit Hilfe dieser Dokumentation ggf. Schritte oder Sanktionen einleiten.

Diese Aufzählung an Verbesserungsmöglichkeiten für die Studierendenschaft an der Stiftung Universität Hildesheim kann noch weiter ergänzt werden, zum Beispiel um die Punkte des Aufbaus von nachhaltigen Strukturen, der besseren Partizipation der Studierenden, einer höheren Transparenz in der Arbeit der Verfassten Studierendenschaft und die Politisierung der Studierendenschaft im Bereich Hochschulpolitik. Der wichtigste Meilenstein für unsere Verfasste Studierendenschaft ist der Aufbau von nachhaltigen Strukturen, da die Umsetzung der genannten Punkte erst dann mit Erfolg verbunden sein kann, wenn eine Kontinuität und Langlebigkeit und damit eine Nachhaltigkeit der Projekte und Strukturen gegeben ist.

5 Vgl. § 65 Abs. 1 Satz 3 bis 5 HSG LSA. Leider ist aktuell der Austritt aus der Studierendenschaft mit dem Verlust des Semestertickets verbunden. Daher ist es nur eine Scheinfreiheit, die nur Studierenden den Austritt ermöglicht, welche nicht auf die kostengünstige Nutzung des ÖPVN angewiesen sind.

6 Vgl. § 20 Ab. 3 BerlHG. Hier ist zu beachten, dass eine Verhältnismäßigkeit gegeben sein muss, da die Kosten für eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mindestens im vierstelligen Bereich liegen. Diese Kosten sind für kleinere Studierendenschaften schwieriger zu tragen als für größere.

Autorinnen und Autoren

Baader, Meike Sophia, Prof. Dr., Institut für Erziehungswissenschaft, Vizepräsidentin für Forschung und Wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität Hildesheim

Griesbaum, Joachim, Prof. Dr., Institut für Informationswissenschaft und Sprachtechnologie

Greve, Werner, Prof. Dr., Institut für Psychologie

Hetzel, Andreas, Prof. Dr., Institut für Philosophie

Jochum-Bortfeld, Carsten, Prof. Dr., Institut für Evangelische Theologie

Kersten, Kristin, Prof. Dr., Institut für englische Sprache und Literatur

Matzke, Annemarie, Prof. Dr., Institut für Medien, Theater und populäre Kultur

Rathke, Robert, Student, langjähriges Mitglied im AStA als Referent für Finanzen und Soziales

Schneider, Wolfgang, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Kulturpolitik und Inhaber des UNESCO-Chair »Cultural Policy for the Arts in Development«

Teltemann, Janna, Prof. Dr., Institut für Sozialwissenschaften

Herausgeber/in

Giesel, Uta, Hochschulpastorin der Evangelischen Studierendengemeinde Hildesheim

Kilian, Clemens, Pastoralreferent, Leiter der Katholischen Hochschulgemeinde Hildesheim

Am 31. Oktober 2017 jährte sich der sog. Thesenanschlag Martin Luthers zum 500. Mal. Luther hatte als Theologieprofessor gravierende Fehlentwicklungen seiner Kirche und Gesellschaft angeprangert und konkrete Thesen präsentiert, wie diese Missstände beseitigt werden könnten. Dabei sah Luther seine Kirche, seine Gesellschaft, sogar die ganze Welt in höchster existentieller Gefahr. Die ökumenische Hochschulgemeinde von KHG und ESG in Hildesheim nahm das geschichtsträchtige Datum zum Anlass, um mit Lehrenden unterschiedlicher wissenschaftlicher Fachbereiche an der Universität Hildesheim darüber zu diskutieren, welche gesellschaftlichen „Reformationen“ heute erforderlich sind, je aus der Perspektive des jeweiligen Fachbereiches. Die Statements sollten an unterschiedlichen Orten der Universität gehalten werden, jeweils mittwochs zur programmatischen Uhrzeit um fünf vor zwölf. Ziel des hochschulöffentlichen Diskurs-Projektes war es, essentielle Dringlichkeitsgebote („Thesen“) aus einzelnen Wissenschaftsdisziplinen zu sammeln und in den Dialog zu bringen. Heraus gekommen sind zehn 10-Minuten-Statements von charmanter Eigenwilligkeit und enormer hochschulpolitischer und gesellschaftlicher Brisanz. Es sind Zeitdiagnosen und Veränderungsappelle aus der Sozialwissenschaft, der Kulturpolitik und der Psychologie, der Theater- und der Erziehungswissenschaft, der Theologie, der Philosophie und der englischen Sprachwissenschaft, der Informationswissenschaft und aus der Welt der verfassten Studierendenschaft. Die Statements liegen in diesem Buch nun schriftlich vor und provozieren Widerspruch oder Zustimmung, auf jeden Fall aber die Lust, darüber ins Gespräch zu kommen, unter Lehrenden und Studierenden...

ISBN 978-3-487-15679-8